


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND AM ENDE DES VERRÜCKTEN JAHRES 2014

VON DER REDAKTION		GRAFIKEN ZUM TEXT	
С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!	2	Die Entwicklung des Ölpreises	18
ANALYSE		Die Entwicklung des Rubelkurses	19
Russland: Herausforderung 2014	2	Die Entwicklung der russischen Aktienindizes 2012–2014	20
Boris Makarenko, Moskau		ANALYSE	
ANALYSE		Putins Pipeline-Poker	
Politik in Zeiten nationaler Verzückung		Turkish Stream anstatt South Stream?	20
Putins Botschaft zur Lage der Nation im Jahre 2014	7	Roland Götz, Wiltingen	
Hans-Henning Schröder, Bremen		KOMMENTAR	
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		Wider die Verleumdung der deutschen Außenpolitik	26
Die Rahmendaten der »Botschaft an die Föderalversammlung«	10	Hans-Henning Schröder, Bremen	
Umfrage zur »Botschaft«	12	NOTIZEN AUS MOSKAU	
AUS RUSSISCHEN BLOGS		Kleine Verteidigung einer realistischen Ostpolitik	27
Spekulant – Zu Putins Botschaft an die Nation und neuen Feinden Russlands	14	Jens Siegert, Moskau	
KOMMENTAR		CHRONIK	
Russland ist endgültig in der Finanzkrise angekommen	17	4. – 18. Dezember 2014	30
Gunter Deuber, Wien			

С Новым Годом – с Рождеством – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russland-Analysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 289 – erscheint am 29. Januar 2015. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir Beiträge über die Idee der »Русский мир« – der »russischen Welt« – sowie über die Krim im russischen historischen Gedächtnis.

Zunächst aber wünschen wir unseren Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Christoph Laug, Sergej Medvedev, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Russland: Herausforderung 2014

Boris Makarenko, Moskau

Zusammenfassung

Dieser Beitrag analysiert die Gründe und die Folgen des wichtigsten Ereignisses der russischen Politik im Jahr 2014, der Angliederung der Krim. Diese hat die Tagesordnung verändert: Die soziale und wirtschaftliche Ineffizienz der russischen Staatsmacht wurde von den äußerst starken Effekten des »sich um die Flagge scharen« und der gestiegenen Popularität der Regierung überdeckt. Dieser Aufschwung hat jedoch keines der Probleme gelöst und enorme ökonomische und politische Kosten verursacht. Zum Ende des Jahres versucht die Regierung Russlands, es nicht zu einer weiteren Eskalation der Konfrontation mit dem Westen kommen zu lassen; bei der Wirtschaft wird eine vorsichtige Liberalisierung versucht, die kaum Erfolg haben wird. Politisch wird Russland ein korporativer Staat bleiben. Diese Konfiguration wird sich als deplatziert herausstellen, falls wegen einer Zunahme der sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Proteststimmungen anwachsen.

Der Beitrag soll kein chronologischer Bericht über das politische Leben Russlands im Jahre 2014 sein, sondern vielmehr ein Versuch, sich bewusst zu machen, was im Land geschehen ist, warum es geschehen ist, und welche Folgen diese Ereignisse haben können.

Die »Krim-Wende«, ihre Gründe und die wichtigsten Folgen

Die Angliederung der Krim an Russland im Februar und März und die anschließende Verwicklung in den Konflikt in der Ukraine wurden zur Achse, um die sich 2014 die ganze Politik in Russland drehte. Diese Entscheidung war unerwartet und zugleich folgerichtig, wobei diese Folgerichtigkeit sowohl durch innenpolitische als auch durch äußere Umstände diktiert wurde.

Historisch ist sich die Elite in Russland stets der relativen Rückständigkeit Russlands gegenüber dem Westen (bei der wirtschaftlichen Entwicklung und den Technologien) bewusst gewesen und hat stets versucht, diesen Rückstand durch strategische Macht und Stärke zu kompensieren, was einen Schutz nicht nur vor Einmischung von außen darstellte, sondern auch vor Druck aus dem Inneren. Diese Macht und Stärke wurde immer als Unantastbarkeit der Grenzen verstanden, und mög-

lichst auch als Dominanz über die näheren Nachbarn, vor allem an der Westgrenze. Dieser Ansatz, der auf imperialem Denken beruhte, war spätestens seit der Breschnew-Doktrin (einer sowjetischen Kontrolle über Osteuropa) zu einem Archaismus verkommen – und dies umso mehr, seit diese Doktrin sich in ein Streben nach Dominanz über die ehemaligen Sowjetrepubliken verwandelte. Als in der wichtigsten von ihnen, der Ukraine, das von Moskau unterstützte Regime stürzte, eine prowestliche Regierung an seine Stelle trat und eine umfassende politische Krise das Land spaltete, erblickte die Regierung in Russland darin eine Bedrohung und zugleich – so erschien es Moskau – die Möglichkeit, den Verlust eines Verbündeten durch einen starken politischen Zug zu kompensieren.

Der zweite Grund für die »Krim-Entscheidung« ist innenpolitischer Natur. Bereits 2013 war klar geworden, dass die Wirtschaft Russlands sich von einer Sta-

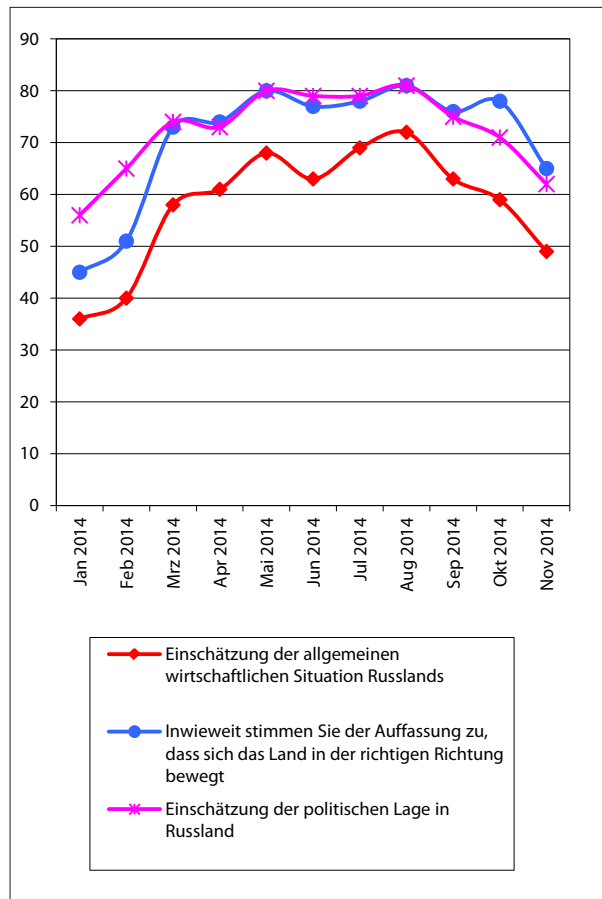
gnation hin zu einer Rezession bewegt. Das ließ an einer Umsetzung der sogenannten »Mai-Erlasse« des Präsidenten zweifeln. Diese Erlasse aus dem Jahr 2012 hatten praktisch das Sozial- und Wirtschaftsprogramm für die dritte Amtszeit Putins dargestellt; sie hatten insbesondere die soziale Basis seines politischen Regimes stärken sollen, also die paternalistisch eingestellten älteren Bürger, Lehrer, Ärzte usw.

Bei der Fähigkeit des Staates, den wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Ansprüchen der Gesellschaft gerecht zu werden war nach allen Parametern eine Erosion zu beobachten. Im Zusammenspiel mit dem schwindenden Vertrauen gegenüber dem Regime, das bei den »wütenden Städtern«, einem beträchtlichen Teil der städtischen Mittelschicht, die im Winter 2011/12 auf den Straßen protestierte, bereits zerüttet war, bedeutete das einen Beleg für die erodierte Legitimität des Regimes, für eine Legitimitätserosion, die Putin und sein Team anscheinend nicht mehr aufhalten konnten.

Vor 110 Jahren hatte der Innenminister des Zaren, Wjatscheslaw Plewe (von Plehwe), gehofft, dass ein vergleichbares Problem durch einen »kleinen siegreichen Krieg« gelöst werden könne – doch stellte sich der Krieg gegen Japan von 1904 nicht als siegreich heraus und trug vielmehr mit seinem Rückstoß zum Zusammenbruch des Reiches bei. Heuer nun führte die erfolgreiche Angliederung der Krim zu einem beträchtlichen Effekt einer »Scharung um die Flagge« und zu einer Legitimitätssteigerung des Regimes. Die Umfragewerte von Putin machten nach 46 % im Januar einen drastischen Sprung im April und halten sich seither im Bereich von 70 %; die Werte der herrschenden Partei »Einiges Russland« stiegen derweil von 38 % auf 56 %. Bereits im Mai wollten 49 % der Bürger Russlands Putin auch nach 2018 als Präsidenten sehen. Gegen eine vierte Amtszeit waren lediglich 22 % (im Herbst 2013 war das Verhältnis noch umgekehrt gewesen). Man kann von einer neuen Welle der »Putinomanie« sprechen, nicht mehr nur von einem Vertrauen, sondern von einem starken positiven Gefühl, das die meisten Russen gegenüber ihrem Präsidenten empfinden. Als Folge werden alle Vektoren des Regierungshandelns von der Gesellschaft sehr viel besser bewertet. Selbst dann, als zum Herbst hin negative Auswirkungen auf die Wirtschaft zu Tage traten und der soziale Optimismus der Gesellschaft abzunehmen begann, hielten die Soziologen ein psychologisches Bestreben der Russen fest, den Glauben daran zu bewahren, dass – nach einem solchen Erfolg – die Schwierigkeiten nur vorübergehender Natur sind und sich alles wieder einrenkt. Darüber hinaus hat auch die mächtige Ladung antiwestlicher Propaganda ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung, umso mehr, als die Wirtschafts-

sanktionen gegen Russland eine Realität sind – und die negativen Trends mit den Sanktionen zu erklären ist nicht unbedingt eine schwierige Aufgabe.

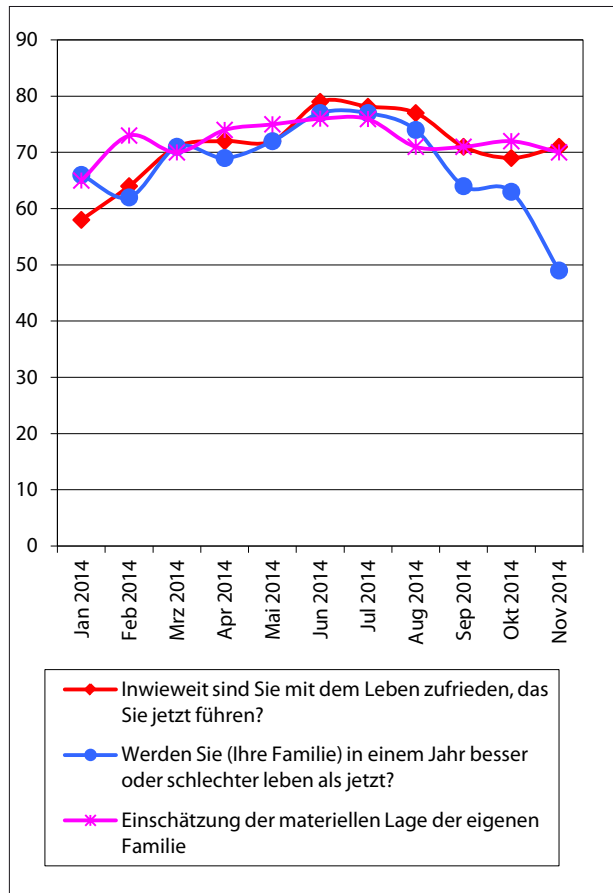
Grafik 1: Index der Einschätzung der Lage im Land



Quelle: Angaben des VCIOM <<http://wciom.ru/public-mood/>>

Diese Situation ist keineswegs verwunderlich. Fast über das ganze Jahr 2014 hinweg hat Russland seine Wirtschaft vergessen. Auf den staatlichen Fernsehkanälen (andere landesweite Kanäle existieren in Russland nicht) gilt der Löwenanteil der Nachrichtensendungen den Ereignissen in der Ukraine und auf der Krim, wird die antirussische Haltung des Westens aufgedeckt und vom Dagegenhalten der russischen Diplomatie berichtet. Bis in den Herbst hinein waren die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen für den Massenkonsumenten nicht spürbar und in der Regierung interessierte sich niemand für die Stagnation. Selbst der alljährliche Rechenschaftsbericht der Regierung vor der Duma (am 22. April), der in vergangenen Jahren die Kritik der Opposition hervorgerufen hatte, ging in diesem Jahr – als Bericht über ein äußerst enttäuschendes Jahr 2013 – erstaunlich glatt über die Bühne.

Grafik 2: Index des sozialen Selbstbefindens



Quelle: Angaben des VCIOM <<http://wciom.ru/public-mood/>>

Doch seien wir ehrlich: Keine Propaganda der Welt hätte solche Ergebnisse erzielt, wenn in der Gesellschaft Russlands und in Elitenkreisen nicht wirkungsmächtige paternalistische Haltungen, der Glaube an einen charismatischen Führer sowie Rudimente der Mentalität des Kalten Krieges fortbestehen würden. Das wiederum ändert nichts an der unglaublichen Intensität und den schamlosen Lügen, mit denen die Propagandamaschine seit Monaten rund um die Uhr läuft.

Es steht außer Zweifel, dass man sich bei den Folgen der Entscheidung zur Abtrennung der Krim von der Ukraine im Großen und Ganzen verkalkuliert hat, angefangen bei der heftigen negativen Reaktion des gesamten Westens bis hin zu den konkreten Sanktionen und deren Folgen für die ohnehin stagnierende Wirtschaft Russlands. Da nun einmal die Entscheidung (entschlossen und unumkehrbar) getroffen wurde, muss jetzt konstatiert werden, dass Russland sowohl die Fähigkeit der ukrainischen Nation zur Konsolidierung unterschätzt hat, als auch die Fähigkeit der ukrainischen Elite, die politische und militärische Steuerbarkeit der Landes wiederherzustellen. Ebenso unterschätzte Moskau die

Geschlossenheit und Entschlossenheit der Reaktionen im Westen auf das Vorgehen Russlands. Nach dem »leicht errungenen« Gewinn der Krim ist Russland nun in einen blutigen und ausweglosen Konflikt in zwei südöstlichen Regionen der Ukraine verwickelt. Mehr noch, es befindet sich jetzt in einer langwährenden Konfrontation sowohl mit Kiew als auch mit dem Westen, der in diesem Konflikt – trotz erheblicher Nuancen – gleichwohl von einer gemeinsamen Position aus agiert.

Obwohl der »Krim-Konsens« weiterhin funktioniert, sind die Faktoren, die ihn potentiell limitieren, von Anfang an sichtbar gewesen. Dieser Konsens hat keines der sozialen und wirtschaftlichen Probleme lösen können, sondern lediglich von ihnen abgelenkt. Im Gegenteil: Viele der negativen Folgen der »Krim-Entscheidung« werden auch in Zukunft wirksam sein und in ihrer Summe praktisch die Möglichkeit einer vorwärtsgewandten Entwicklung blockieren:

- Allein die unmittelbaren Verluste durch die westlichen Sanktionen werden auf rund eine Billion Rubel geschätzt; der Kapitalabfluss aus Russland beläuft sich nach Schätzungen der Zentralbank auf 120 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014. Der Rubel ist gegenüber den weltweit führenden Währungen drastisch gefallen. Die Inflationsrate in Russland wird 2014 auf über neun Prozent steigen. Die Wirtschaft des Landes weist praktisch ein Nullwachstum auf. Bei den Realeinkommen der Bevölkerung sind bereits Anzeichen einer Stagnation zu erkennen; es gibt einen beschleunigten Preisanstieg bei Konsumgütern und Benzin. Die Prognosen für 2015 sind noch pessimistischer.
- Die nicht einfache Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Westen, die das letzte Vierteljahrhundert gekennzeichnet hat, ist offener Konfrontation gewichen. Russland ist zwar nicht zu einem »anzunehmenden Gegner« geworden, wie es einst die Sowjetunion für den Westen gewesen ist, stellt nun aber eine Quelle der Besorgnis und Unberechenbarkeit dar, die eingedämmt und ermahnt werden muss – es gibt eine neue Strategie des *Containment*, bei der die Entwicklung vieler Richtungen der Zusammenarbeit auf unbestimmte Zeit verlangsamt oder ausgesetzt wird. Die Beschränkung des russischen Zugangs zu den internationalen Finanzmärkten, die Erschwerung der Investitionsströme und des Technologietransfers, das Streben nach einer verringerten Abhängigkeit Europas von russischen Energielieferungen, all das sind nur die deutlichsten Formen eines solchen »Containment«. Es sei daran erinnert, dass der Westen nur in sehr schwierigen wirtschaftlichen Situationen sich zu einer umfangreichen Ausweitung der Zusammenarbeit mit der

Sowjetunion entschloss, die dann einen Anstoß zur Modernisierung gab; dies erfolgte beispielsweise in den Jahren der Großen Depression oder nach dem drastischen Anstieg der Ölpreise in den 1970er Jahren (mit »Gas gegen Röhren«). Jetzt ist dergleichen nicht zu beobachten.

- Die Konfrontation mit dem Westen verstärkt die bewahrenden und reaktionären Tendenzen drastisch. Entwicklung, Reformen und Umgestaltung fallen aus den realen Zielsetzungen der Regierung heraus und werden durch eine Predigt über Garantien vor einer »Bewegung zurück und hinab« kaschiert. »Westliches« wird als fremd, wenn nicht gar feindlich deklariert, Konservatismus und die Suche nach einem »eigenen Weg« sind in Mode, übrigens ohne Nennung konkreter Ziele, und ohne eine Beschreibung der Wege auf denen diese zu erreichen wären. All diese Faktoren machen, zusammengefasst, einen Strich durch die Hoffnung auf eine Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Russland, auf eine vorwärtsgewandte Entwicklung.

Das politische System: Hat eine Reform stattgefunden?

2012 hatte Wladimir Putin als Antwort auf die Massenproteste eine Teilreform des politischen Systems eingeleitet: Die freie Bildung von Parteien wurde erlaubt, die Direktwahl der Gouverneure wurde wieder eingeführt, ebenso ein gemischtes Wahlsystem für das Föderale Parlament. Die Notwendigkeit für eine zumindest dosierte Entwicklung des politischen Wettbewerbs war dem Regime angesichts der sinkenden Effizienz der staatlichen Verwaltung und der zerstörten Kommunikationskanäle zwischen Gesellschaft und Staatsmacht deutlich bewusst geworden. Drei Jahre später ist zu konstatieren, dass die politische Reform äußerst spärliche Ergebnisse gezeitigt hat.

Die Anzahl der Parteien in Russland ist von sieben im Jahre 2011 auf derzeit 74 gestiegen. Vierzehn von ihnen sind in wenigstens einem der 83 Regionalparlamente vertreten, was ihnen das Recht auf eine automatische Registrierung bei den Dumawahlen 2016 gibt. Allerdings ist das kein Beleg für eine Qualitätssteigerung des Wettbewerbs: Keine einzige der neuen Parteien stellt irgendwo eine wirklich relevante Minderheit im Parlament dar. Die Ergebnisse für »Einiges Russland« bei den Regionalwahlen, die 2013 zurückgegangen waren, näherten sich in diesem Jahr bei den Parteilisten wieder der Zweidrittelmarke. Die »alten« Parteien (die KPRF, Schirinowskijs LDPR und das linkszentristische »Gerechte Russland« ähneln immer weniger einer Opposition. Allenfalls nehmen sie bei der Ukraine-problematik eine weitaus radikalere Haltung ein als die

herrschende Partei »Einiges Russland« (indem sie zum Beispiel eine offizielle Anerkennung der separatistischen Gebilde im Südosten der Ukraine fordern).

Bei den Gouverneurswahlen gibt es wegen des sogenannten »kommunalen Filters«, also der Vorschrift, dass Kandidaten zur Registrierung die Unterschriften von 6–9 % der kommunalen Abgeordneten einholen müssen, praktisch keinen Wettbewerb. Da die meisten kommunalen Abgeordneten sich in starker Abhängigkeit von der Regionalregierung befinden, sucht sich der amtierende Gouverneur daher seine Mitbewerber praktisch selbst aus. Bei den 30 Gouverneurswahlen 2014 sind 15 Gouverneure mit einem Ergebnis von über 80 % wiedergewählt worden (den »Rekord« erzielte mit 91,4 % das Gebiet Samara, das einst durch eine vollauf wettbewerbsartige Atmosphäre gekennzeichnet war) und nur zwei wurden mit weniger als 60 % im Amt bestätigt.

Die 2014 unternommene Gesetzesreform zur lokalen Selbstverwaltung vernichtet praktisch die Großstadt als politisches Subjekt, da sie dem Gouverneur die Möglichkeit gibt, Direktwahlen des Bürgermeisters und des Stadtparlaments abzuschaffen; darüber hinaus wird ihm ein entscheidender Einfluss bei der Ernennung des City-Managers und eine de facto-Kontrolle über den städtischen Haushalt gegeben. Unter den derzeitigen Bedingungen braucht das Zentrum nicht mehr auf ein Spiel mit »Checks and Balances« zwischen den Gouverneuren und den Bürgermeistern zurückgreifen, da es sich seines Reservoirs zur Kontrolle über die Regionen sicher ist.

Die Taktik der Regierung besteht nach allen Parametern darin, dass es bei Wahlen zwar ein bisschen mehr Wettbewerb gebe, doch nur durch jene Kräfte, die der Regierung gegenüber loyal sind und/oder für sie keine Gefahr darstellen; dabei wird nicht einmal eine nur potentielle Gefährdung ihres Monopols zugelassen.

Da die Regierung im politischen Bereich keinerlei ernsthafter Konkurrenz erfährt, geht sie umso härter gegen jene Segmente der Zivilgesellschaft und der Medien vor, die nicht von ihr kontrolliert und von ihr als potentielle Quelle einer neuen Protestwelle betrachtet werden. Ungeachtet der regelmäßigen Äußerungen von Wladimir Putin (unter anderem am 5. Dezember d.J.), dass das sogenannte »Gesetz über ausländische Agenten«, das die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen streng reglementiert, in Richtung einer Milderung revidiert werden müsse, wird dieses Gesetz in der Praxis verschärft. 2014 erhielt das Justizministerium die Befugnis (von der es auch Gebrauch macht), NGOs zwangsweise und ohne Gerichtsbeschluss in das »Agentenregister« aufzunehmen. Durch eine weitere Gesetzesnorm ist das Verfahren zur Überprüfung von NGOs nun sogar strenger als die Überprüfung kommerzieller Organisationen. Der Druck auf die Internetmedien wird ver-

stärkt. Um den liberalen Fernsehkanal »Doschd« an den Rand der Schließung zu bringen, reichte es offensichtlich aus, eine Weigerung der meisten Sender zu provozieren, die Programme von Doschd zu übertragen – und ein anschließendes Verbot, bei solchen Sendern Werbung zu platzieren.

Wohin weiter?

Der oben beschriebene Widerspruch zwischen einem starken patriotischen Aufschwung und einer sich real verschlechternden sozialen und wirtschaftlichen Lage im Land ist die spannende Frage der zukünftigen Politik in Russland. Die wichtigsten Tendenzen – wenn man die Äußerungen Wladimir Putins als Grundlage für eine Prognose nimmt – stecken ebenfalls voller Widersprüche. Der Grundvektor dieser Politik besteht darin, in keiner Richtung eine weitere Verschlechterung der Lage zuzulassen, wobei eine Verbesserung durch konservative Teilmaßnahmen gesucht wird, die kaum einen wesentlichen Effekt erzielen dürften.

Im Ukraine-Konflikt wird die Führung Russlands wohl keine weitere Eskalation der Situation betreiben und nach Wegen einer Regulierung suchen, die Russlands Einfluss im Südosten der Ukraine ohne Gesichtverlust bewahren würde. Parallel dürften die Versuche fortgesetzt werden, die Sanktionen durch ein Spiel mit den Widersprüchen zwischen Befürwortern und Skeptikern in der EU zu schwächen. Die Konfrontation zu den USA wird wohl ein langfristiges Phänomen bleiben.

Bei der Wirtschaft hat die russische Führung der Versuchung widerstanden die »Daumenschrauben« anzuziehen und Mobilisierungsinstrumente einzusetzen. In der alljährlichen Ansprache des Präsidenten am 4. Dezember 2014 sind nicht wenige liberale Wirtschaftsideen formuliert worden: Ein vierjähriges Moratorium auf die Einführung neuer Steuern, eine maximale Verringerung des administrativen Drucks auf die Unternehmen, eine vollständige Amnestie für Kapital, das nach Russland zurückverbracht wird, und vor allem das Setzen auf eine Förderung unternehmerischer Initiative, »den Bürgern die Möglichkeit geben sich zu entfalten«. Das alles scheint eine gute Nachricht zu sein. Das Problem ist nur, dass die verkündeten Maßnahmen in direktem Widerspruch zu dem stehen, wie die Bürokratiemaschine mit privaten Unternehmern bis dato

umgegangen ist. Noch vor wenigen Monaten konstatierte der Vorsitzende des größten Unternehmerverbandes Russlands, des »Russischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer«, dass es bei einer derartigen Wirtschaftspolitik in Russland »eine nächste Unternehmergeneration nicht geben wird«. Für wenig Optimismus sorgt auch, dass Medienberichten zufolge die Urheber der Wirtschaftspolitik streng ermahnt wurden, »die Grundprinzipien nicht anzurühren«, nämlich das politische und das Gerichtssystem. Ohne Änderungen dort sind aber die wichtigsten Hindernisse bei der Verbesserung des Geschäftsklimas – fehlender Schutz der Eigentumsrechte und fehlende Rechtsstaatlichkeit – nicht zu beseitigen.

Im politischen Bereich wurde ein Kurs in Richtung korporativer Staat eingeschlagen, der sich auf eine große persönliche Popularität des Präsidenten stützt. Anstelle einer Demokratisierung schlug Putin in seiner Ansprache einen Dialog zwischen Staat und Gesellschaft in den Foren der Gesellschaftskammern vor, die vollständig vom Staat zusammengestellt und kontrolliert werden. Die auf Initiative Putins geschaffene »Allrussische Volksfront« wurde 2014 aktiviert und hat jetzt praktisch die Funktion einer politischen Partei – es werden Gesetzesentwürfe ausgearbeitet und begutachtet, die Umsetzung der Erlasse und Anweisungen des Präsidenten überwacht und öffentlich aktive Politiker rekrutiert. Dieses neue politische Gebilde ist jedoch in noch höherem Maße personengebunden. Der politische Pluralismus ist weitestgehend Imitation, ganz nach Art der »Volksfronten« in der DDR oder den Staaten der dritten Welt.

Was die Stimmungen in der Gesellschaft betrifft, so wird der oben beschriebene »Krim-Konsens« einer immer heftigeren Prüfung durch die sich verschlechternden sozialen und wirtschaftlichen Realitäten ausgesetzt sein. Die Stabilitätsreservoir ist sowohl in der Wirtschaft als auch beim Haushalt noch nicht erschöpft, während das hohe Ansehen des Präsidenten in der Gesellschaft es Putin erlaubt, die politische Stabilität aufrecht zu erhalten. Andererseits verfügt er weder über eine Wirtschaftsstrategie, die die negativen Tendenzen umkehren könnte, noch über ein adäquates politisches System, das in der Lage wäre, Konflikte zu steuern. Russland geht dem Jahr 2015 mit schnell zunehmenden Risiken entgegen.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Boris Makarenko ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung »Zentrum politischer Technologien« und Professor an der Higher School of Economics in Moskau. Sein Spezialgebiet sind das politische System Russlands, politische Parteien und Parlamentarismus.

Lesetipps

- Makarenko, Boris: The Post-Crimea Political Regime, in: Pro et Contra, 18.2014, Nr. 3–4, S. 87–103.
- Makarenko, Boris: Repressionsindolenz. Politische Kultur und autoritäre Herrschaft in Russland, in: Osteuropa, 64.2014, Nr. 8, S. 113–118.

Politik in Zeiten nationaler Verzückung

Putins Botschaft zur Lage der Nation im Jahre 2014

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung, sein Rechenschaftsbericht über seine Politik fand in einer widersprüchlichen Situation statt. Einerseits kann sich der Präsident auf eine breite Zustimmung einer Bevölkerung stützen, die auf die Übernahme der Krim mit nationaler Verzückung reagiert hat, andererseits hat sich Russland international isoliert und seine Wirtschaft gleitet in eine Rezession ab. Parlament und Öffentlichkeit konnten in dieser Situation erwarten, dass der Präsident ihnen seine Vorstellungen über die Neuordnung im postsowjetischen Raum und angesichts der drohenden Krise auch die Grundzüge seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik präsentieren würde. Doch das tat er nicht. Putin trat ohne politische Vision auf, und ohne ein Handlungskonzept zur Überwindung der inneren und der äußeren Krise. Es scheint fast, als verschließe er die Augen vor den realen Problemen und verweigere Politik.

Wirtschaftskrise und patriotische Begeisterung

Russland befindet sich in einer ambivalenten Situation. Die Volkswirtschaft wird mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, doch steht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im Jahre 2014 hinter der Führung und unterstützt deren Politik.

In der Wirtschaft haben sich seit Jahren Probleme angestaut. Doch keine der verschiedenen Regierungsmannschaften seit 2003 hat die Kraft gefunden und den Raum bekommen, ernsthafte Reformen in Gang zu setzen. Die russische Wirtschaftsleistung basiert nach wie vor im Wesentlichen auf der Extraktion und dem Export von Roh- und Brennstoffen. Die verarbeitende Industrie ist schwach entwickelt, das Technologieniveau ist niedrig. Die Innovationsleistung ist unzureichend: Im Jahre 2013 hat Russland beim Europäischen Patentamt gerade einmal 1.168 Patente angemeldet gegenüber 22.292 chinesischen, 32.022 deutschen, 52.437 japanischen und 64.967 US-amerikanischen Patenten. International ist die russische Industrie nicht konkurrenzfähig, das Bankensystem ist schwach, der inländische Kapitalmarkt unterentwickelt. Die Verwaltung ist ineffizient, Eigentumsrechte sind nur unzureichend gesichert. Die vier »I« des Medwedewschen Modernisierungsprogramms von 2009 – Infrastruktur, Investitionen, Innovation und Institutionen – bezeichnen nach wie vor die Schwachstellen der russischen Volkswirtschaft. Glaubhafte Ansätze zur Überwindung der strukturellen Probleme hat es nach dem Scheitern dieser Reformpläne nicht mehr gegeben.

Im Jahre 2014 wird die Volkswirtschaft durch das Sinken der Ölpreise und die Sanktionen, die die EU und die USA gegen russische Unternehmer und russische Banken ausgesprochen haben, zusätzlich belastet. Die Wachstumsraten gehen gegen Null, die Preise

steigen, für einen Ausbau und die Modernisierung der Industrie fehlen die Mittel. Investitionen gehen zurück, Kapital fließt ab. Nach Angaben der Zentralbank betrug der Nettokapitalexport des privaten Sektors allein in den neun Monaten von Januar bis September 2014 85,3 Mrd. US-Dollar (im ganzen Jahr 2013 waren es 61 Mrd. US-Dollar).

Die ökonomische Schwäche strahlt auf die soziale Situation aus. Die großen sozialen Unterschiede, die Kluft zwischen Arm und Reich bestimmen nach wie vor das gesellschaftliche Klima. Große Teile der Bevölkerung – die Staatsangestellten und die Beschäftigten der »alten« Industrien – sind auf staatliche Transfers angewiesen. Der Rückgang der staatlichen Einnahmen und die Preissteigerungen der letzten Monate werden sich auf diese Gruppe auswirken. Weiten Teilen der Bevölkerung droht eine Verschlechterung des Lebensstandards. Wie sich diese Entwicklung auf das soziale Klima auswirken wird – ob sich die Unzufriedenheit gegen die Eliten richten wird, oder ob es zu einem nationalen Schulterschluss gegen den »äußeren Feind« kommt –, ist schwer zu prognostizieren.

Das politische und gesellschaftliche Klima stellte sich aber ungeachtet aller Probleme aus Sicht der Regierung positiv dar. Die Übernahme der Krim in den russischen Staatsverband wurde von 80 % der russischen Bevölkerung begrüßt. Präsident und Regierung schwammen auf einer Welle patriotischer Euphorie. Die Umfragewerte stiegen steil und signalisierten einen breiten plebiszitären Rückhalt für das Regime.

In diesem Moment wirtschaftlicher Krise und politischer Begeisterung trat der Präsident mit seiner Botschaft zur Lage der Nation vor beide Häuser des Parlamentes. Mit Recht konnten die Abgeordneten und die Öffentlichkeit erwarten, dass der Präsident ihnen seine

Vorstellungen über die Neuordnung im postsowjetischen Raum und angesichts der drohenden Krise auch die Grundzüge seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik präsentieren würde. Finanz- und Wirtschaftsminister, aber auch der Vorstandsvorsitzende der *Sberbank*, der größten Bank des Landes, hatten in den Wochen zuvor wiederholt auf die großen Probleme hingewiesen. Nun hatte der Präsident das Wort.

Der Rahmen der Botschaft

Einmal im Jahr ist der Präsident gehalten, vor der Föderalversammlung, die beide Häuser des Parlaments umfasst – die Duma und den Föderationsrat –, Rechenschaft über die Regierungsarbeit abzulegen. In den letzten Jahren hatte er zudem dem Parlament zu einem anderen Zeitpunkt noch eine eigene »Haushaltsbotschaft« präsentiert, die die Finanz- und Budgetpolitik darlegte. 2014 wurden beide Berichte in einer Rede zusammengefasst und einer Versammlung präsentiert, die nicht nur beide Häuser des Parlaments umfasste, sondern auch zahlreiche geladene Gäste. Die Botschaft an die Föderalversammlung änderte somit ihren Charakter. Die Rechenschaftslegung des Präsidenten wurde als Demonstration nationaler Einheit und politischer Macht ausgerichtet.

Diese Inszenierung wurde auch nicht durch den Angriff auf das Zentrum Grosnyjs gestört, den Insurgenten des »Imamats Kaukasus« in der Nacht vom 3. auf den 4. Dezember unternahmen. Wenigstens zwei Gruppen von Aufständischen besetzten das Pressehaus und eine Schule im Zentrum der tschetschenischen Hauptstadt. Im Verlauf der Feuergefechte mit Sicherheitskräften, die bis in den Vormittag des 4. Dezembers anhielten, wurden zehn Angehörige der Sicherheitskräfte getötet und 28 verwundet. Die Untergrundkämpfer, deren Zahl mit neun angegeben wird, wurden »vernichtet«.

Noch während im abgesperrten Zentrum Grosnyjs das Pressehaus brannte und Gefechtslärm zu hören war, trat Präsident Putin in Moskau vor die versammelte Elite. Die Ereignisse in Tschetschenien erwähnte der Präsident nur ganz beiläufig. Das Oberhaupt der Region, Ramzan Kadyrow, saß ruhig unter den Zuhörern, obgleich seine Pressestelle am Morgen erklärt hatte, die »konterterroristische Operation« in Grosnyj fände unter Kadyrows persönlicher Leitung statt.

Dass die politische Führung den größten Terroranschlag, der in Russland seit langem stattgefunden hatte, souverän ignorierte, gab Putins Auftritt vor der Föderalversammlung von Anfang an einen Beigeschmack von Unwirklichkeit. Dieser Eindruck bestätigte sich auch im Verlauf der 70-minütigen Rede. Der Präsident wich den brennenden wirtschafts- und innenpolitischen Fragen aus, er entwickelte keine politischen Konzepte,

betonte aber immer wieder die nationale Größe und Geschlossenheit.

Einerseits die Krim und Russlands Kraft ...

Inhaltlich zerfiel die »Botschaft« 2014 in zwei Teile, die sich nicht nur inhaltlich, sondern auch in Sprachduktus und Charakter deutlich unterschieden. Der erste Block, der den Konflikt mit der Ukraine und die Politik im postsowjetischen Ausland thematisierte, schwelgte in patriotischer Romantik und nationalen Phrasen, der zweite, der sich mit dem Mikromanagement begrenzter wirtschaftlicher und sozialer Probleme befasste, war dagegen von ernüchternder Sachlichkeit.

In der Substanz war der erste Teil der Rede, der sich mit der Russland-Ukraine-Krise, der Übernahme der Krim und der Haltung der Außenwelt befasste, eher mager. Putin rekapitulierte knapp die offizielle russische Version, die »dem Westen« und »den Kräften« in Kiew die Schuld an der Entwicklung zu schob, und beschuldigte die USA und ungenannte westliche Partner, gegenüber Russland eine Politik der Eindämmung zu betreiben – teilweise sogar einen Zerfall und eine Zergliederung Russlands »nach jugoslawischem Vorbild« zu wünschen. Diese Darstellung kleidete der Redner in eine barocke nationale Rhetorik, in der von Einheit, Solidarität, Schicksalhafterkeit, dem »souveränen und starken Staat« die Rede war, der »fähig [sei], seine Landsleute zu schützen, ehrenvoll Wahrheit und Gerechtigkeit durchzusetzen«, vom »tiefen Verständnis von Sinn und Bedeutung allgemeinnationaler Interessen«, der Unteilbarkeit, »Zielgerichtetheit des tausendjährigen Wegs unsere Vaterlandes«, dem Christentum als geistig einender Kraft und dem Nationalstolz. Immer wieder beschwor der Präsident die eigene Stärke: »Und wir glauben an uns. Daran, dass wir viel vermögen und alles erreichen...«, »...wir sind stark und uns unserer selbst sicher«, »... mit Russland von einer Position der Stärke aus zu sprechen, ist sinnlos«.

Die Mischung von Feindbildern, Bedrohungsszenarien und lautstarker Selbstvergewisserung hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Es scheint fast, als sei der Präsident, dessen Land gerade in die Rezession abgleitet, sich seiner selbst doch nicht so sicher, als sei das ganze patriotische Pathos nur ein Pfeifen im dunklen Walde. Doch wichtiger als die Angst rhetorik war ein anderes Moment: Die ganze Argumentation war rückwärtsgewandt, es gab keine Formulierung, die erkennen ließ, wie sich die russische Führung eine Lösung der Russland-Ukraine-Krise vorstellte. Im Gegenteil: Indem der Präsident die Krim als heiligen Boden, als russischen »Tempelberg« beschrieb und die erfolgreiche Abwehr Hitlers beschwor, der Russland habe vernichtet und hinter den Ural zurückwerfen wollen, verstellte er

jeden Weg für einen Kompromiss. Den »Tempelberg« gibt man nicht auf, einem »Hitler« macht man keine Zugeständnisse. Diese Vergleiche machen es unwahrscheinlich, dass die russische Führung sich in absehbarer Zeit bereit finden wird, Kompromisslösungen mit der Ukraine auszuhandeln. Die Putin-Administration ist im Moment Gefangener der eigenen nationalistischen Propaganda.

... andererseits Eigentum und unternehmerische Freiheit

»Ehrliche Arbeit, Privateigentum und unternehmerische Freiheit«, damit leitetet Putin zum zweiten, konkreten Teil der Botschaft über, seien ebenso wichtige konservative Werte wie Patriotismus und Respekt vor der Geschichte, den Traditionen und der Kultur des eigenen Landes. Wer aber nun eine Bewertung der schwierigen wirtschaftlichen Lage erwartete, wurde zunächst enttäuscht. Putin thematisierte Detailfragen, wie den übermäßigen Druck der Justizorgane auf das kleine und mittlere Unternehmertum, sprach sich für Steuererleichterungen aus und bot den Unternehmern einmalig die »volle Amnestie« für Kapital an, dass nach Russland zurückgebracht werde. Er plädierte für eine weitere Verbesserung des Geschäftsklimas, für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und die Schaffung von Industrieparks in den Regionen.

Erst spät wandte sich der Präsident den aktuellen Problemen zu. Für die Rubelschwäche gab er Spekulant die Schuld und forderte von der Zentralbank Gegenmaßnahmen. Er verwies auch auf die kritische Abhängigkeit von ausländischen Technologien und ausländischer Produktion. Importsubstitution sei daher eine langfristige Priorität – auch über die gegenwärtige Krise hinaus. Banken wolle er durch Mittel aus dem Wohlfahrtsfonds unterstützen. Putin plädierte ferner für eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen und die Bekämpfung von Diebstahl und Unterschlagung, insbesondere bei Beschaffungsaufträgen des Ver-

teidigungsministeriums. Auch die Ausbildung von Ingenieuren und Facharbeitern wollte er verbessert sehen.

Schließlich wandte er sich der Sozialpolitik zu, lobte die Fortschritte bei der Bevölkerungsentwicklung und im Gesundheitswesen, sprach über Schulbildung und kündigte an, den sozial tätigen Nichtregierungsorganisationen größere Spielräume einräumen zu wollen.

All diese Einzelmaßnahmen verdichtete der Redner nicht zu einem wirtschaftspolitischen Konzept. Wie die russische Führung auf die drohende Rezession reagieren will, wie die künftige Wirtschaftspolitik aussehen soll, darüber schwieg sich der Präsident aus.

Ein Präsident ohne Perspektiven

Für europäische Beobachter und für russische Wirtschaftspolitiker und Geschäftsleute war Putins Botschaft an die Föderalversammlung eine Enttäuschung. Denn sie bot keine Lösungen an, weder für die verfahrenere Situation in der Ostukraine noch für die angeschlagene Volkswirtschaft, die in die Rezession abzugleiten droht. Es schien fast so, als sei das Elitenkartell, das die Putin-Administration trägt, zutiefst zerstritten, unfähig, eine gemeinsame Politik zu formulieren. Urteilt man nach der Ansprache, dann gibt es im Umfeld des Präsidenten zwei Fraktionen: auf der einen Seite reaktionäre Nationalisten ohne Verständnis für Wirtschaft und internationale Politik und auf der anderen Wirtschaftsbeamte, die sich auf die Behandlung von Detailproblemen zurückgezogen haben und die Formulierung einer Wirtschaftspolitik verweigern.

Der Präsident trat ohne politische Vision und ohne ein Handlungskonzept zur Überwindung der inneren und der äußeren Krise auf. Gewiss wird Putin gerade von einer Welle nationaler Verzückung getragen, doch nutzt er diesen Rückhalt nicht, um endlich jene Reformen einzuleiten, die seit Jahren anstehen. Mehr noch, er verschließt die Augen vor den realen Problemen und verweigert Politik. Es scheint, als ließe Putin seine dritte Amtszeit ebenso nutzlos verstreichen wie schon die zweite.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipp

Presidential Address to the Federal Assembly [englische Version der Botschaft in der offiziellen Übersetzung]. 4. Dezember 2014, auf: The Kremlin, Moscow; <<http://eng.kremlin.ru/transcripts/23341>>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Die Rahmendaten der »Botschaft an die Föderalversammlung«

Tabelle 1: Die »Botschaft an die Föderalversammlung« in Zahlen 2000–2014

	Dauer, Minuten	Wörter	Zeichen	Sätze	Redegeschwindigkeit (Wörter pro Minute)
4. Dezember 2014	70	7.139	46.076		102
12. Dezember 2013	69	7.550	49.875	521	109
12. Dezember 2012	81	9.159	56.848	594	113
22. Dezember 2011	64	6.452	42.975	426	101
30. November 2010	72	7.042	45.247	382	98
12. November 2009	100	9.548	62.864	613	95
1. November 2008	85	8.342	54.772	662	98
26. April 2007	72	8.076	52.271	555	112
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	415	104
25. April 2005	48	5.220	33.793	344	109
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	404	111
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	488	92
18. April 2002	51	5.752	36.863	445	113
3. April 2001	63	6.318	40.567	414	100
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	421	104

□Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew □Präsidentschaften von Wladimir Putin

Zusammengestellt nach Angaben in den russischen Zeitungen *Kommersant* (2008–2013) und *Komsomolskaja prawda* (2014), <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867>, 6.11.2008>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>, 13.11.2009>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1549197>, 1.12.2010>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1844061>, 23.12.2011>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>, 13.12.2012>; <http://im.kommersant.ru/ISSUES.PHOTO/DAILY/2013/230/_2013d230-01-01.jpg, 17.12.2013>; <<http://www.kp.ru/daily/26316.4/3194879/>, 5.12.2014>.

Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2004–2014

	Putin			Medwedew				Putin			
	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
<i>Zahl der Wörter</i>	7.139	7.550	9.393	6.452	7.042	9.548	8.342	8.076	6.477	5.220	5.207
wir	88	77	179	67	138	81	92	60	60	37	32
ich	7	12	27	36	54	35	15	12	9	3	5
muss	63	89	100	53	60	86	68	53	65	52	60
notwendig	52	56	81	36	68	89	65	54	65	35	58
Russland	72	56	101	35	35	60	44	74	46	65	95
Staat	33	30	43	33	35	51	28	45	29	59	32
Wirtschaft	27	23	36	16	24	33	37	34	30	26	47
Politik	12	8	34	10	18	27	33	23	16	14	12

Fortsetzung auf der nächsten Seite

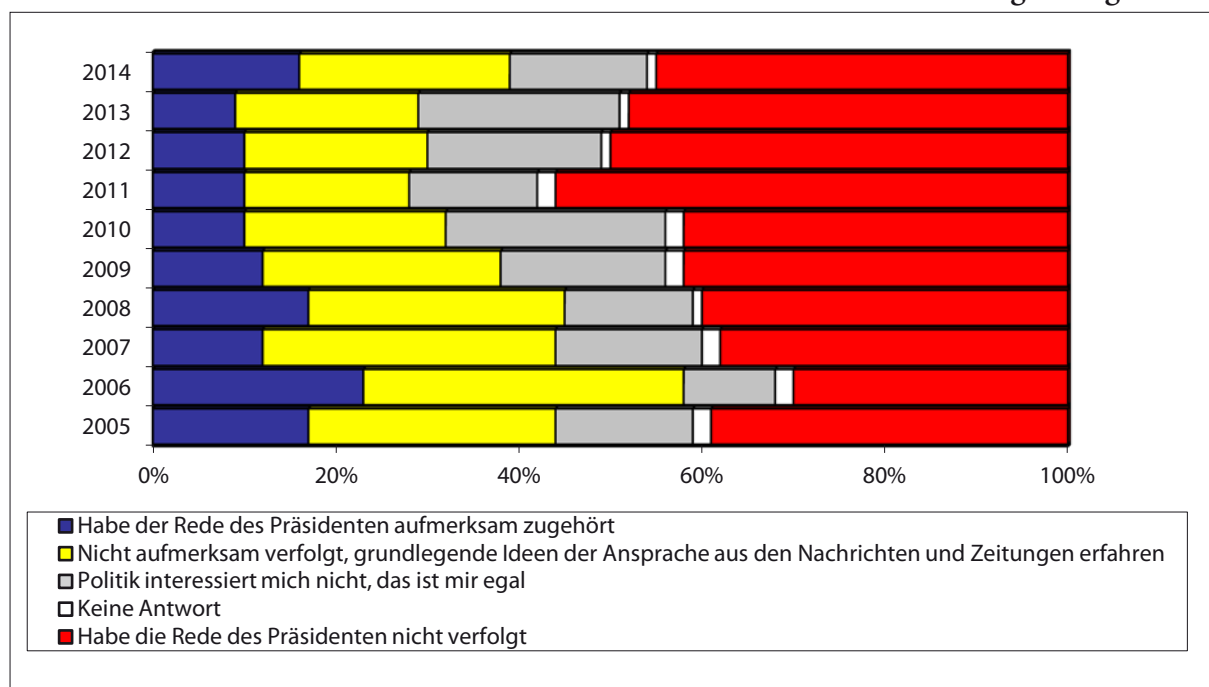
Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2004–2014 (Fortsetzung)

	Putin			Medwedew				Putin			
	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Demokratie	1	1	6	3	5	8	26	7	2	23	8
Entwicklung	23	44	45	27	19	40	28	35	33	25	30
Reformen	1	4	0	4	2	2	7	5	5	3	7
Krise	0	1	2	16	7	10	17	2	0	0	1
Technologie	20	16	9	12	16	39	8	18	12	0	1
Gesetz	17	14	27	26	23	35	38	17	9	22	3
Modernisie- rung	0	1	3	13	24	20	2	7	7	1	8
Korruption	0	3	6	8	3	11	9	1	2	1	1
Zukunft	3	3	10	5	6	83	7	16	3	6	3
Vergangenheit	3	5	7	1	4	6	2	8	5	6	5
Militär	1	11	4	10	4	7	9	15	20	3	10
Armee	2	2	2	4	6	0	4	2	17	0	6
Demographie	3	3	8	1	4	2	0	1	6	1	1
Gesellschaft	14	27	40	19	17	32	23	20	10	40	19
Mensch	7	12	11	7	9	10	14	5	6	13	7
sozial	19	14	16	12	16	24	17	11	16	9	18
Rente	0	1	3	13	5	3	12	27	4	1	1
Wohnen	1	16	16	12	12	3	0	15	6	2	15
Wohnung	0	0	1	6	0	2	0	2	1	0	3
Kinder	4	6	10	23	39	11	3	0	16	3	4
Kleinkind	3	0	7	1	20	1	0	0	17	1	0
Schule	13	14	12	9	14	26	18	2	5	1	2
Familie	3	6	8	10	7	4	2	2	13	0	3
Bildung	14	18	18	8	12	18	14	1	9	5	24
Wissenschaft	7	11	11	6	2	11	3	15	5	5	4
Freiheit	14	4	4	7	5	1	29	4	2	31	9
»Beamte«	0	0	6	2	2	1	2	0	2	5	0
Bürokratie	0	0	1	2	0	1	3	1	2	5	0
Vaterland	12	3	11	2	4	11	2	8	5	4	6
Patriot	3	1	7	0	3	1	1	1	1	0	0
Identität	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Werte	4	7	5	5	5	8	20	5	4	12	3
Moral	1	1	4	0	0	2	4	4	0	2	0
Sitte, Moral	0	3	9	1	1	2	5	3	1	6	1
Innovation	0	3	0	3	6	14	6	3	5	0	0
Tradition	6	9	11	1	1	6	4	3	3	4	1

Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13.12.2012, 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>> und eigene Berechnung auf Basis der Auszählung der Texte.

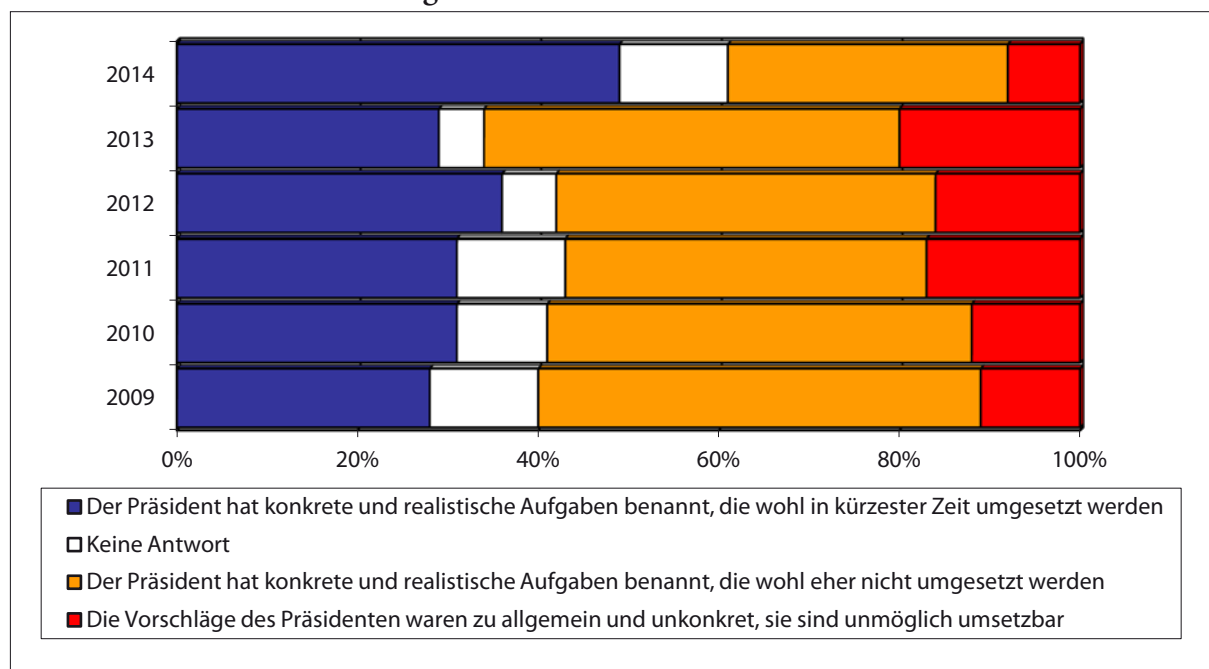
Umfrage zur »Botschaft«

Grafik 3: Haben Sie die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung verfolgt?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 6.–7. Dezember 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 12. Dezember 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115089>

Grafik 4: Wie realistisch sind die Aufgaben, die der Präsident in seiner Ansprache benannt hat und werden diese umgesetzt?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 6.–7. Dezember 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 12. Dezember 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115089>

Tabelle 3: Wenn Sie die Rede des Präsidenten verfolgt haben, an welche seiner Ideen und Vorschläge erinnern Sie sich, welche haben Ihnen gefallen und welche nicht? Nennen Sie bitte jeweils 2–3 davon. (Offene Frage, maximal 3 Antworten je Kategorie, in % derer, die die Rede verfolgt haben oder deren Inhalte aus den Nachrichten erfahren haben, Antworten von mind. 1 % der Befragten sind aufgeführt)

Hat mir gefallen		Hat mir nicht gefallen	
Die Unterstützung kleiner und mittelgroßer Unternehmen	7 %	Amnestie auf Kapital (bei Transfer einer Off-shore-Anlage nach Russland)	2 %
Amnestie auf Kapital (bei Transfer einer Off-shore-Anlage nach Russland)	5 %	Niedergang der Wirtschaft, wenige Vorschläge zur Entwicklung der Wirtschaft	2 %
Den Kurs in Richtung Stabilität und Entwicklung des Landes, die Zukunftspläne insgesamt	5 %	Allgemeine Phrasen, nichts Konkretes	1 %
Widerstand gegen die Sanktionen / Ineffizienz der Sanktionen / deren Nutzen für Russland / kein Einknicken vor dem Westen	4 %	Die Situation in der Ukraine	1 %
Die Krim gehört uns / sakraler Ort / heilige Erde	4 %	Außenpolitik	1 %
Entwicklung, Modernisierung der Wirtschaft	3 %	Nichts	10 %
Armeereform, Erneuerung des Rüstungsarsenals	3 %	Anderes	4 %
Kindergeld, Lösung des Problems mangelnder Kindergärten	3 %	Keine Antwort	81 %
Rubelkurs, Währungsspekulanten zu Leibe rücken	3 %		
Bildungsreform	2 %		
Außenpolitik	2 %		
Situation in der Ukraine / das gegenseitige Verhältnis / Ereignisse	2 %		
Zielgerichtete Investitionen in die Industrie / Landwirtschaft	2 %		
Kampf gegen die Korruption, Ausgabenkontrolle der Staatsbeamten	2 %		
Kontrolle der Regierungsarbeit, Umsetzung aller Anweisungen	2 %		
Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft	2 %		
Probleme der Gesundheitsfürsorge	2 %		
Gaspipeline	2 %		
Äußerungen zu den Steuern	1 %		
Vladivostok als Freihandelszone	1 %		
Hat alles gefallen	5 %		
Nichts	5 %		
Anderes	7 %		
Keine Antwort	43 %		

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 6.–7. Dezember 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 12. Dezember 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115089>

Spekulanten – Zu Putins Botschaft an die Nation und neuen Feinden Russlands

Die jährliche »Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung« wurde traditionsgemäß von den Journalisten und Bloggern mit Interesse erwartet. Mehrere Fernsehsender übertrugen live aus dem prächtigen Saal des Kreml-Palastes. Der staatskontrollierte und historisch äußerst loyale Sender »Rossija 1« hat sich selbst übertroffen, als er die Übertragung unter dem Titel »Die Botschaft von höchster Stelle« ankündigte, um nochmal die exklusive Rolle Wladimir Putins zu betonen. Kritisch, humorvoll und auch enttäuscht reagierten russische Twitter- und Facebook-Nutzer auf die Statements des Präsidenten zum angeblichen Wandel in der Wirtschaftspolitik und neuen Feinden im Westen wie innerhalb des Landes in Gestalt von Spekulanten auf dem Währungsmarkt. Kurz nach dem Ende der feierlichen Botschaft Putins erschienen zahlreiche Kommentare in den Blogs. Es meldeten sich unter anderem die kremlnahe Bloggerin Kristina Potuptschik, der Journalist Anton Orech (Echo Moskau), der Bürgermeister von Jekaterinburg Jewgenij Rojsman, der oppositionelle Politiker und Abgeordnete der Jaroslawler Gebietsduma Boris Nemzow, der Politologe Georgij Satarow und die kritische Journalistin Julia Latynina von der »Nowaja Gaseta« zu Wort.

Was hat Putin gesagt?

»Das Schlüsselthema der Botschaft Wladimir Putins an die Föderale Versammlung war, wie erwartet, die Liberalisierung der Wirtschaft; faktisch wurde ein neuer Wirtschaftskurs angekündigt, der angesichts des externen Druckes auf Russland die einheimische Wirtschaft unterstützen sowie Impulse für die Entwicklung und Konsolidierung geben soll.

Die Sanktionen und äußere Einschränkungen sind, dem Präsidenten zufolge, Anreize, um die gesetzten Ziele effizienter und schneller zu erreichen. Putin hat dabei die Indikatoren des geplanten Wachstums konkret umrissen. [...]

Erwähnt hat der Präsident auch das, was wohl momentan Vielen in Russland Sorgen macht – den Kurs der Nationalwährung. Man muss den Spekulanten die Lust auf das Spiel mit den Kursschwankungen austreiben, sagte Putin, und betonte harsch: alle Spekulanten; und diejenigen, die auf dem Markt auf die Abwertung des Rubel spekulieren, sind bekannt; gegen sie werden demnächst Maßnahmen ergriffen. Als eine zusätzliche Maßnahme, die die Russländer vor den Kursschwankungen schützen soll, wurde eine staatliche Preisregulierung für Medikamente und Lebensmittel angekündigt. Dämpfung der Inflation und Förderung des Wachstums, das sind die Ziele, für die Wladimir Putin den Wirtschaftsplan für die nächsten Jahre ausgearbeitet hat.

In diesem Kontext wiederholten die abstrakteren Überlegungen und Äußerungen des Präsidenten erneut die Position, die Russland schon mehrfach in den letzten Monaten zum Ausdruck gebracht hat: Druck und Eindämmungspolitik des Westens sind jene Instrumente, die seit Jahrhunderten gegenüber unserem Lande eingesetzt werden. Die Ukraine, für die wir übrigens immer noch der wichtigste Wirtschaftspartner sind, ist dabei nur ein Anlass; ohne diesen hätte sich der Westen etwas anderes ausdenken müssen. Genau deswegen bleiben für uns Freiheit und Souveränität Schlüsselwerte, ebenso die Förderung traditioneller Werte, die für die Bürger Russlands zentral sind, nämlich Familie, gute und bezahlbare Bildung, die Möglichkeit zur Umsetzung geistiger und unternehmerischer Ambitionen für jeden Bürger. Genau deswegen sind unsere wirtschaftlichen Hauptfeinde nicht die westlichen Länder, mit denen wir trotz allem die Zusammenarbeit fortsetzen werden, sondern diejenigen, die die Wirtschaft innerhalb des Landes unterminieren. Das sind jene Personen, die Haushaltsgelder zweckentfremden, die Korruptionäre, die »Bauleute«, die die Preise für staatliche Bauprojekte um ein Vielfaches überhöhen, wenn nicht gar um ein Zig-faches. Nicht zufällig verglich der Präsident die Überhöhung der Preise bei den Rüstungsaufträgen mit dem Terrorismus: Die Ersparnisse des Landes sollen in die Entwicklung der Wirtschaft fließen und zu einer Entziehungskur von der »Ölspritze«, für Investitionen in Technologien und Unternehmen der Nicht-Rohstoff-Branchen eingesetzt werden, also für diejenigen Quellen des Wachstums, die bei entsprechender Qualität der Waren weder von den Sanktionen noch von der Politik abhängig sein werden.«

Kristina Potuptschik via Livejournal, 4.12.2014; <<http://krispotupchik.livejournal.com/630877.html>>

Die Spekulanten sind stärker als Putin

»[...] Der Rubelkurs, dessen Dynamik immer mehr an den Fall des Tscheljabinsker Meteoriten erinnert, ist also von den Spekulanten verdorben worden! Wobei die Spekulanten schon bekannt sind, und es an der Zeit ist, Maßnahmen zu ergreifen. Kurzfristig bedeutet das, dass die Zentralbank angehalten ist, alle Währungsreserven zu verbrennen, damit ein Rubel nicht bald nur einen jämmerlichen US-Cent kostet.

Längerfristig bedeutet es, dass dann, wenn die Reserven ausgeschöpft sein werden und der Rubel weiter fällt, wenn die Preise derart steigen, dass ein Gang in den Supermarkt genauso teuer ist wie ein Urlaub, wenn das Gehalt nicht

zweimal im Monat ausgezahlt wird, sondern je nachdem, wann es klappt und wieviel da ist, wenn die Jobsuche nicht nach dem Prinzip ›Wo ist es interessanter und wo verdiene ich mehr?‹ erfolgt sondern nach dem Motto ›Wo kriege ich wenigstens irgendeinen Job?‹, wenn all das kommt, dann werden wir so richtig nach den Übeltätern suchen. Nicht nach Spekulanten an der Börse, sondern nach ›lateinischen Spionen‹ [möglicherweise eine Anspielung auf den russischen Dichter und Fotokünstler Willi (Witalij Robertowitsch) Melnikow, geboren 1962, der während seines Wehrdienstes in der Sowjetarmee wegen seiner Sprachkenntnisse (englisch, deutsch und französisch) von der militärischen Spionageabwehr verhört wurde; als er auf die Frage des vernehmenden Obersts nach weiteren Sprachkenntnissen antwortete, dass er auch Latein könne, soll der Oberst geantwortet haben: ›Aha, dann bist du also auch ein lateinischer Spion!‹ – Anm. d. Red; siehe: <<http://www.ruscur.ru/archive/759>>]; ›Saboteur-Ärzten‹ [wahrscheinlich eine Anspielung auf die angebliche Verschwörung vor allem jüdischer Ärzte kurz vor Stalins Tod, um die sowjetische Führung auszuschalten], nach Arbeitern, die Maschinen kaputt machen, um die Produktion von Panzern zu sabotieren, nach Kolchosbauern, die Getreide von den Feldern klauen. Je tiefer der Abgrund, desto mehr Feinde sind rundum zu finden. Anders kann ich das nicht verstehen. Was gibt Putin derart ehrlich seine Schwäche zu? Er ist ein genialer Herrscher; er hat alles in der Hand, die Machtvertikale ist errichtet, das System ist eingespielt, aber irgendwelche räudigen Spekulanten sind in der Lage, all das mir nichts, dir nichts in Wanken zu bringen! Heißt das, die Spekulanten sind stärker als der Präsident? Wenn man aber bedenkt, dass das einfache Bürger sind, die die Wechselstuben leerkauft und dass der Löwenanteil der US-Dollar und Euro eben von natürlichen Personen gekauft wurde, dann stellt sich heraus, die Spekulanten, das sind Hunderttausende normaler Russen. Und nun muss gegen jeden einzelnen von ihnen der Kampf begonnen werden.«

Anton Oreh bei Echo Moskwy, 04.12.2014; <<http://echo.msk.ru/blog/oreh/1449272-echo/>>

Ich bin zufrieden

»Ich war bei der Botschaft des Präsidenten dabei, habe aufmerksam zugehört.

Aus der Deklaration:

Russland geht nicht den Weg der Selbstisolierung, es bleibt ein offenes Land und unterstützt alle seine internationalen, kulturellen und humanitären Projekte sowie den Kampf gegen den Terrorismus.

Aus dem Konkreten:

Bei der Neigung des Polizei- und Justizsystems zum Schuldspruch, bei der riesigen Anzahl von Inspektoren wird kleinen und mittleren Unternehmen das Überleben schwer; deswegen wird die Zahl der Überprüfungen begrenzt; die Überprüfungen werden absolut transparent sein. Neu gegründete Unternehmen werden zwei Jahre lang von Steuern befreit. Unternehmen, die drei Jahre einen soliden Ruf genießen, werden von allen Überprüfungen befreit. Das Steuergesetzbuch (die Spielregeln) bleibt für die nächsten vier Jahre unverändert. Und was ganz wichtig ist – es wurde eine Amnestie für Kapital verkündet, das aus dem Ausland zurückgebracht wird (ein sehr starker, wenn auch erzwungener Schritt). [...]

Im Grund bin ich zufrieden, dass ich hingefahren bin und selbst zugehört habe. Ich werde es in Ruhe analysieren; im Grunde habe ich einen positiven Eindruck bekommen, obwohl ich nicht mit allem einverstanden war. [...]

Jewgenij Rojsman auf Livejournal, 4.12.2014; <<http://roizman.livejournal.com/1696871.html>>

Ich glaube nicht dran

»Ich bin's, und nicht Stanislawskij [vermutlich eine Anspielung auf den Titel des Blogbeitrags: Der bekannte Regisseur Konstantin Sergejewitsch Stanislawskij (1863–1938) soll gesagt haben ›ich glaube nicht daran‹, wohl wenn er schauspielerische Leistungen für nicht überzeugend hielt. – Anm. d. Red.]. Das wird nichts bei Putin. Es ist klar, dass die Wirtschaftslage nicht einfach nur schlecht ist. Sie ist tragisch furchtbar. Deswegen auch hat er seine Botschaft der Wirtschaft gewidmet. Der Zug ist aber schon abgefahren.

1. Er kommt mit seinen Ideen 15 Jahre zu spät. Wenn man damals begonnen und es zumindest zu einem Drittel umgesetzt hätte, hätte es keinen Fall Jukos gegeben. Und Chodorkowskij hätte schon längst eine Pipeline nach China gebaut. Und die Unternehmerschaft wäre nicht außer Landes geflüchtet. Zehntausende Unternehmer, die es nicht geschafft haben abzuhaufen, säßen nicht im Gefängnis.
2. Hätte er doch den zweiten Teil seiner Botschaft mit einer tatsächlichen Analyse der Lage des Unternehmertums begonnen. Hätte er doch gesagt, dass er heute einen Erlass zur Bildung einer unabhängigen Gruppe von Staatsanwälten unterschrieben hat, die dem Präsidenten unmittelbar unterstellt sind. Dass er mit Müh und Not dafür 365 Menschen ausgewählt hat, die nicht zuvor schon in »Auftrags-Prozesse« involviert waren. Dass innerhalb eines Jahres diese Auftrags-Fälle aufgearbeitet werden sollen. Dass Zehntausende unschuldiger Unternehmer, deren Eigentum beschlagnahmt wurde, freigelassen werden. Dass sie entschädigt werden. Und dass diejenigen, die diese Auf-

träge geschneidert haben, nun deren Plätze einnehmen. Dann hätten wir es vielleicht geglaubt. Ohne Vertrauen gegenüber der Staatsmacht wird es nicht gehen. Man glaubt aber nicht dran.

3. Aus dem Ersatz von Importwaren wird nichts. 1998 gelang es von selbst. Es gab einfach freie Unternehmer im Land, die haben [die Importwaren] ersetzt, selbst, ohne Putin und Primakow. Und jetzt: nein. Es wird nicht klappen.
4. Es kommt nur das eine dabei heraus: eine Amnestie für alles, was sie in 15 Jahren zusammengeklaut haben. Das ja. Das kann klappen. Die Wirtschaft wird das aber nicht mehr retten. Das wird die Inflation antreiben, und das war's.
5. Jeder vollwertige Doktor der Wirtschaftswissenschaften weiß: Die wichtigste Wirtschaftsinstitution ist eine unabhängige Justiz. Dazu gab es kein Wort. Unabhängige Gerichte wären Tod für ihn und seine Bande. Deswegen kein Wort davon. Deswegen wird bei denen nichts klappen.

Amen.«

Georgij Satarow auf Echo Moskwy, 4.12.2014; <<http://www.echo.msk.ru/blog/satarov/1449230-echo/>>

»Gott, bewahre Russland!«

- »1. Kalter Krieg ist eine neue Realität, mit der Russland wird leben müssen, solange Putin an der Macht bleibt.
2. Aggression und Rüstungswettlauf werden weitergehen.
3. Die Amnestie des Kapitals wird nicht zu einer Rückkehr der Gelder nach Russland führen. Damit das Geld zurückkehrt, ist Vertrauen zwischen den Unternehmern und dem Staat vonnöten. Das ist gleich Null. Daher flieht das Geld aus Russland, und zwar in riesigen Mengen. 130 Milliarden [Dollar] sind allein 2014 aus Russland abgezogen worden.
4. Sie werden vier Jahre nicht die Steuern erhöhen und die Unternehmer nicht mit Überprüfungen quälen. Gute Nachricht. Allerdings hat er das erst gesagt, nachdem der Zehnt auf kleine Unternehmen schon eingeführt worden ist.
5. Inflation von 4 %. Quatsch. In diesem Jahr sind es mindestens 10 %. Im nächsten Jahr laut Prognosen von Zentralbank und Regierung 7,5 %.
6. Er wird Setschin, Miller, Jakunin, Timtschenko über staatliche Banken Gelder aus dem Nationalen Wohlfonds geben. Wer würde daran zweifeln?!
7. Die Arbeitsproduktivität wird um 5 % steigen. Normalerweise steigt die Arbeitsproduktivität entweder bei erhöhtem Wettbewerb oder bei der Gehaltssenkung. Bei Putin wird der Wettbewerb überall zunichte gemacht. Sie können sich also getrost auf einen Rückgang der Reallöhne einstellen.
8. Kein einziges Mal das hat er das Wort »Korruption« ausgesprochen. Im Saal saßen Rotenberg, Jakunin, Miller, Kowaltschuk. Wäre ja peinlich, so vor den Jungs...

Aber das Problem ist akut. Putins Russland ist auf Platz 136 in der Welt, mit Nigeria und Kamerun. Belarus und Kasachstan stehen besser da.

Gott, bewahre Russland!«

Boris Nemzow auf Echo Moskwy, 4.12.2012; <http://echo.msk.ru/blog/nemtsov_boris/1449212-echo/>

Der Rubel ist so viel wert, wie das Regime Putins in den Augen des Marktes

» [...] In seiner Botschaft an die Föderale Versammlung hat Präsident Wladimir Putin dazu aufgerufen, gegen die Devisenspekulanten zu kämpfen. »Die Behörden wissen, wer diese Spekulanten sind, und es gibt Instrumente, um auf sie einzuwirken«, erklärte Wladimir Putin.

Am 11. Dezember rief der Chef des Strafermittlungskomitees Russlands Alexander Bastrykin ebenfalls zum Kampf gegen die Devisenspekulanten auf.

Unmittelbar am nächsten Tag, am 12. Dezember (also am Freitag) erlaubte die Zentralbank den russischen Banken, die Anleihen von »Rosneft«, die einen Tag zuvor für die gigantische Summe von 625 Milliarden Rubel ausgegeben worden waren, als Bürgschaft für Kredite zu verwenden. Grob gesagt, bedeutete das: Die Bank kann diese Anleihen von Rosneft nehmen, zur Zentralbank bringen, dort mit der Hilfe dieser Anleihen einen Kredit bekommen und für das erhaltene Geld Devisen kaufen.

Unmittelbar am nächsten Werktag, also am Montag, d. 15. Dezember stürzte der Rubel ab. Innerhalb eines Tages verlor die Nationalwährung 15 % ihres Wertes (sie fiel von 56 auf 65 Rubel pro Dollar) und brachte das Land an den Rand der Hyperinflation. Ich würde mich nicht wundern, wenn gegen Mitte des kommenden Jahres nach dem Vorbild Venezuelas und Argentinien der freie Währungsmarkt verboten wird. [...]

Was nun die Devisenspekulanten angeht, so muss ich sowohl Putin wie auch Bastrykin mitteilen, dass es die in der Tat gibt. Mit einem kleinen Detail. Heute können nur Beamte auf dem Markt Geld verdienen. Wenn eine Per-

son nämlich weiß, dass es einen Kredit an Rosneft geben soll, wenn er von einer Währungsintervention der Zentralbank weiß, kann er Millionen verdienen. Wenn er es nicht weiß, ist die Volatilität des Marktes derart groß, dass jeder Spekulant vom Markt fliegt.

Nun stellt sich die Frage: Wird Bastrykin wirklich untersuchen, wann Rosneft tatsächlich das Geld bekommen hat und wohin es geflossen ist, oder wird er eine Pressemitteilung über 625 Milliarden Tonnen »Rubel-Wasser« verfassen, das sich über das Unternehmen ergoss und von dem kein Tropfen im Meer gelangte, mit einer wunderbaren und erschöpfenden Erklärung? Und wird dann Nawalnyj der Spekulation gegen den Rubel beschuldigt?»

Julia Latymina in der Nowaja Gaseta, 16.12.2014 <<http://www.nowyagazeta.ru/columns/66553.html>>

KOMMENTAR

Russland ist endgültig in der Finanzkrise angekommen

Gunter Deuber, Wien

Der Kollateralschaden des außenpolitischen Kurses Russlands ist in den letzten Tagen augenscheinlich an den Finanzmärkten Russlands angekommen. Nach Wochen des Verfalls des Außenwertes des Rubel und einer nochmals schroffen Abwertung am 15. Dezember – dem stärksten Verfall des Rubels an einem Tag seit 1998 – musste die Notenbank Russlands letztlich massiv eingreifen. In einer Übernachts- und Krisensitzung hat sie den Leitzins um 6,5 Prozentpunkte auf nun schwindelerregende 17 Prozent anheben müssen. Damit soll Marktspekulation gegen den Rubel bzw. der Verkauf von Rubeln verteuert werden. Zusätzlich erklärte die Notenbank, russischen Banken mehr Fremdwährungsliquidität bereitstellen zu wollen, was den Verkaufsdruck auf den Rubel ebenfalls etwas abmildern kann.

Der massive Zinsschritt der Notenbank kam, nachdem sie unmissverständlich und öffentlich auf steigende Risiken für das Wirtschaftswachstum und vor allem für die Finanzstabilität hingewiesen hat. Damit ist die Notenbank Russlands offensichtlich im Finanzkrisenmanagement angekommen. Leitzinserhöhungen in einem in dieser Woche erlebten Umfang erinnern an die Lage in Russland 1998 oder an andere Finanzmarktkrisen. Bis Anfang der Woche hatte sich die Notenbank Russlands den Erfordernissen eines Krisenmanagements eher verschlossen, was am Finanzstandort Moskau hinter vorgehaltener Hand durchaus kritisch bewertet wurde. Über die Gründe des lange Zeit zögerlichen Vorgehens der Notenbank kann nur spekuliert werden. Einige Marktteilnehmer beurteilten das Notenbankhandeln als zu marktgläubig bzw. als zu stark an Textbüchern verhaftet, andere argwöhnten, die Notenbank wolle – ganz gleich aus welchem Grund – tunlichst lange den Eindruck vermeiden, dass Russland auf eine veritable Finanzkrise zusteuert.

Mit Nominalzinsen im hohen zweistelligen Bereich und Realzinsen (den Zinsen abzüglich der Inflation) im Bereich von 7–8 Prozent hat die Notenbank nun Krisenmanagement und Stabilisierung eindeutig über das Ziel Wirtschaftswachstum gestellt. Die Finanzierungskosten im Bankensektor werden nun noch deutlicher ansteigen, während die Abhängigkeit russischer Banken von der Notenbankfinanzierung 2014 ohnehin stark angewachsen ist. Angesichts hoher Finanzierungskosten und zunehmender Verunsicherung durch die Finanzmarktrisiken werden Investitionen und Konsum noch stärker unter Druck geraten. Dies lässt für 2015 eine noch tiefere Rezession befürchten, als bereits jetzt erwartet wird.

Äußerst prekär ist zudem, dass die Notenbank den Rubel nur vorübergehend stützen konnte. Die Wirkung der Notzinserhöhung verpuffte schnell wieder. Da weitere Zinsanhebungen allein wohl kaum noch Effekte zeitigen werden, dürften voraussichtlich weitere Schritte zur Stützung des Rubels erforderlich sein. Wenn beim Rubel wieder nachhaltiger Wechselkursniveaus wie vor dem Zinsschritt erreicht werden, kann sich die Notenbank weiteren Maßnahmen auch nicht mehr verschließen. Denn sonst würde ihre Glaubwürdigkeit noch mehr leiden. Voraussichtlich präferiert die Notenbank kurzfristig noch andere marktorientierte Maßnahmen, etwa groß angelegte Deviseninterventionen im Zusammenspiel mit weiteren Zinsschritten. Allerdings sind bei weiter ausbleibendem Stabilisierungserfolg auch zusätzliche restriktive Maßnahmen – zum Beispiel mögliche administrative Einschränkungen beim internationalen Kapitalverkehr – nun einen Schritt näher gerückt. Zumal es auch Anzeichen gibt, dass die bisherigen marktbaasierten Stabilisierungsmaßnahmen generell ineffizient waren. So haben etwa staatsnahe russische Großunter-

nehmen Kreditsummen, die sie von der Notenbank in Rubel erhalten hatten, am Markt gegen Dollar getauscht. Solche offensichtlichen Koordinationsprobleme, die den Rubelverfall beschleunigten, überraschen in einem so staatszentrierten Wirtschaftssystem wie dem in Russland. Zudem verwundert es, dass sich im Wochenverlauf nur gemächlich ein koordiniertes Verhalten relevanter Akteure abzeichnete. Am Mittwoch dem 17. Dezember hat dann das Finanzministerium angekündigt, falls nötig, den Rubel mit Devisenverkäufen ebenfalls zu stützen.

Die diese Woche anschwellende Angst vor einer Wiederholung eines Szenarios von 1998 ist eine erhebliche Belastung für das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Russland, vor Ort und international. Der Umstand, dass Russland aktuell auf eine veritable Finanzkrise zusteuert, kann ironischerweise aber auch einen positiven Effekt haben. So werden die Kosten des derzeitigen außenpolitischen Kurses für die breite Öffentlichkeit immer klarer. Letzteres untergräbt in gewisser Weise die aktuelle offizielle Informationspolitik in Russland, die sehr stark auf Verschwörungsszenarien und Desinformation setzt.

Über den Autor

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropa- und Bankensektoranalyse bei der Raiffeisen Bank International AG, einer der größten Auslandsbanken in Russland mit Stammsitz in Wien. In dieser Position hat er in den letzten Monaten die Sanktionsdebatte mit allen Anspruchsgruppen des Unternehmens aktiv begleitet. Der vorliegende Beitrag repräsentiert die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die der Raiffeisen Bank International.

GRAFIKEN ZUM TEXT

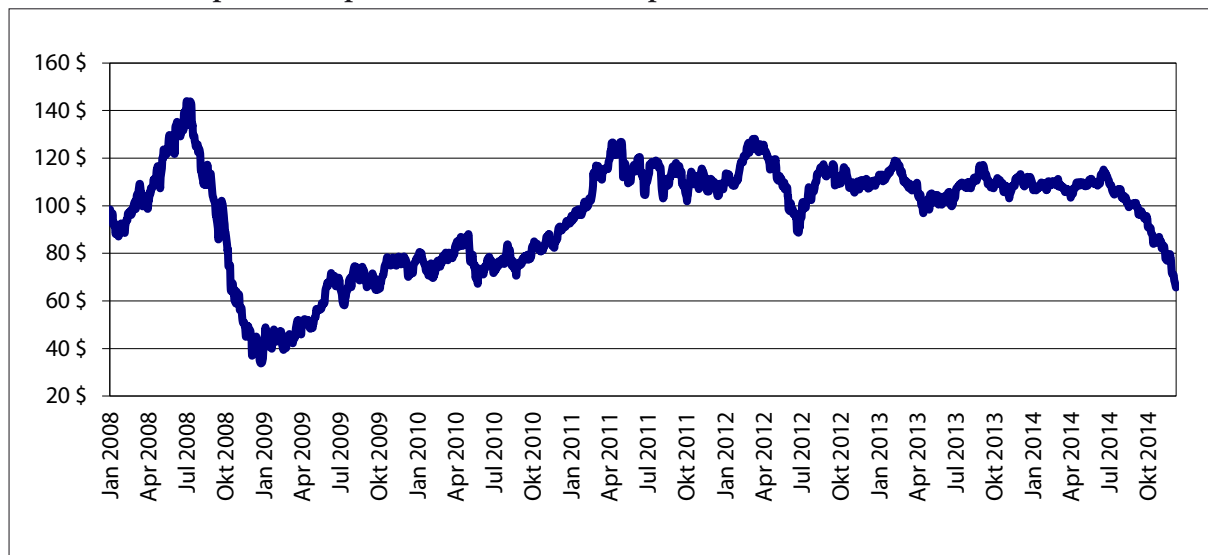
Die Entwicklung des Ölpreises

Grafik 5: Europe Brent Spot Price FOB (Dollars per Barrel), 1987–2014



Nach: <http://www.eia.gov/dnav/pet/hist_xls/RBRTed.xls>; Website: <<http://www.eia.gov/dnav/pet/hist/LeafHandler.ashx?n=PE&f=D>>

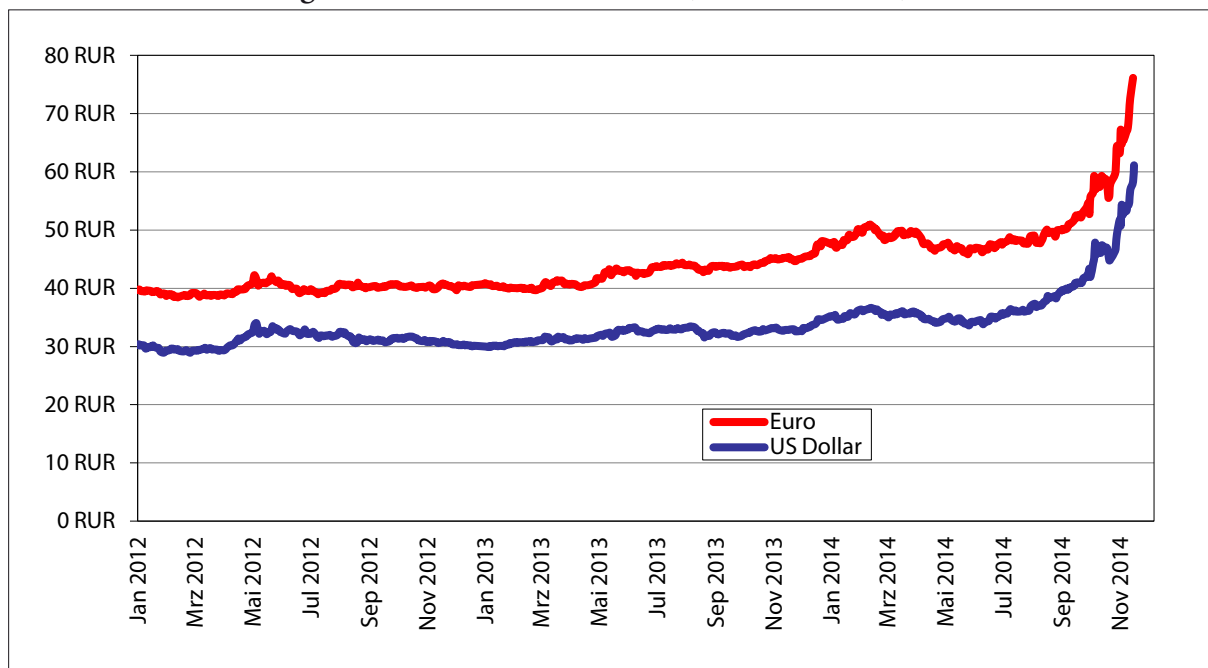
Grafik 6: Europe Brent Spot Price FOB (Dollars per Barrel), 2008–2014



Nach: <http://www.eia.gov/dnav/pet/hist_xls/RBRTed.xls>; Website: <<http://www.eia.gov/dnav/pet/hist/LeafHandler.ashx?n=PE&T&s=RBRT&f=D>>

Die Entwicklung des Rubelkurses

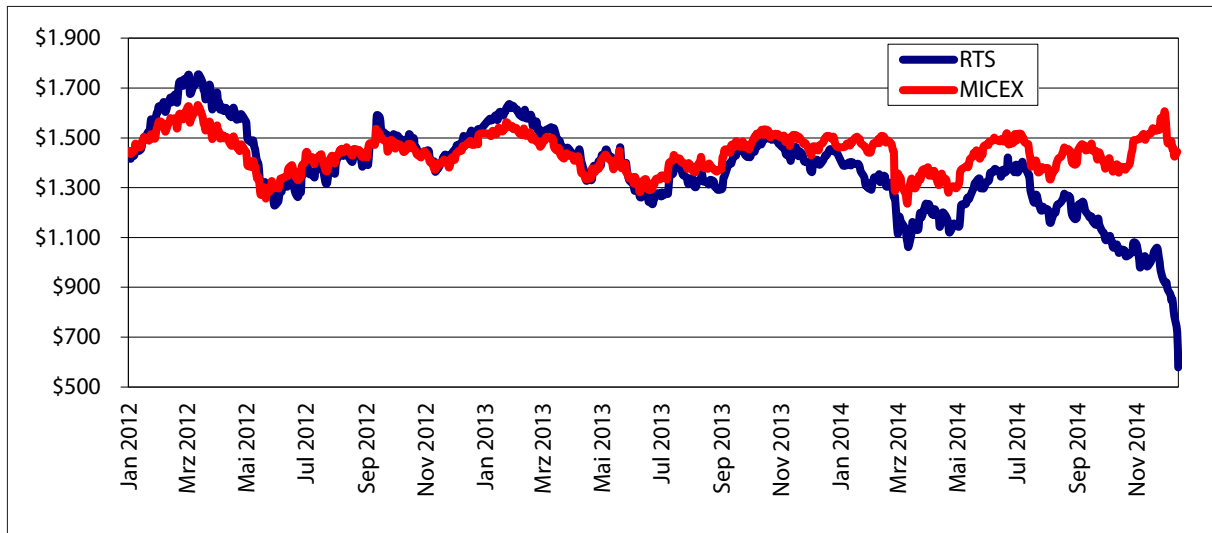
Grafik 7: Entwicklung des Rubelkurses 2012–2014 (Euro, US Dollar)



Nach der Website der russischen Zentralbank <http://www.cbr.ru/currency_base/dynamics.aspx>

Die Entwicklung der russischen Aktienindizes 2012–2014

Grafik 8: Russische Aktienindexe 2012–2014



Der unterschiedliche Trend zwischen MICEX und RTS ergibt sich daraus, dass der MICEX in Rubel notiert, der RTS in USD (die Unternehmen im jeweiligen Index sind nahezu deckungsgleich). Damit ist in einem stabilen oder sogar steigenden MICEX eigentlich die »Inflation der Aktienpreise« ersichtlich, während der RTS in USD wahrscheinlich ein realistischeres Bild des wahren Aktienwertes zeichnet (Auskunft von Andreas Schwabe, Raiffeisen RESEARCH).

Quelle: Webseite der Moskauer Börse <<http://moex.com/ru/indices>> bzw. <<http://moex.com/ru/index/RTSI/archive/>>

ANALYSE

Putins Pipeline-Poker

Turkish Stream anstatt South Stream?

Roland Götz, Wiltingen

Zusammenfassung

Weil Bulgarien auf Druck der EU die Erlaubnis zur Verlegung der South Stream-Gaspipeline durch das Schwarze Meer zu seiner Küste nicht rechtzeitig erteilt hatte, kündigte Russlands Präsident Wladimir Putin am 1. Dezember 2014 die Einstellung des Projekts und an dessen Stelle den Bau von Unterwasserleitungen zur türkischen Küste sowie einer Landpipeline zur Westgrenze der Türkei an. Gazprom-Chef Miller gab am 6. Dezember bekannt, dass dadurch der Gastransit durch die Ukraine vollständig ersetzt werden soll. Falls diese Absichten realisiert werden, müssen auf dem Balkan neue Gasfernleitungen zum Weitertransport des Gases gebaut werden. Mit der Verwirklichung der »Turkish Stream« genannten Alternative zu South Stream würde die Aussicht auf eine von Russland unabhängige Gasbelieferung der EU aus dem Kaspischen Raum verringert und die Türkei als strategischer Partner Russlands aufgewertet.

Das Aus für South Stream

Die South Stream-Pipeline sollte Erdgas aus Russland durch das Schwarze Meer über Bulgarien nach Süd- und Südosteuropa liefern und dabei das Risiko vermindern,

das nach Auffassung von Gazprom mit dem Gasexport über die Ukraine verbunden ist. Sie geht auf eine Vereinbarung zwischen Gazprom und dem italienischen Öl- und Gaskonzern Eni von Juni 2007 zurück. Als Partner

für die Offshore-Sektion schlossen sich dem Konsortium später die französische EDF und Wintershall an, während für die Onshore-Abschnitte Gazprom zusammen mit Partnergesellschaften aus Österreich, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Ungarn, Serbien und Slowenien verantwortlich waren. Nachdem die Zuleitungen aus Westsibirien bis zur russischen Schwarzmeerküste fertiggestellt waren, hätte im November 2014 die Verlegung der Unterwasserleitungen durch das Schwarze Meer beginnen sollen. Ende 2015 wäre der erste Strang von South Stream in Betrieb gegangen und nach der Verlegung von drei weiteren Strängen wäre 2018 die volle Kapazität von 63 Mrd. m³ erreicht worden. Als der Termin für den Beginn der Verlegung nicht eingehalten werden konnte, weil Bulgarien die Genehmigung für die Arbeiten in seiner Schwarzmeer-Wirtschaftszone auf Druck der EU nicht erteilt hatte, verkündete Präsident Wladimir Putin bei seinem Besuch in Ankara am 1. Dezember 2014 die Einstellung des Projekts. Weder die Projektpartner noch die Regierungen der betroffenen Länder oder die beauftragten Firmen waren anscheinend über diesen Schritt vorab informiert worden. Freilich hatte Putin die Idee einer alternativen Pipelineroute über die Türkei bereits im Mai 2014 vor Journalisten erwähnt, nachdem sich das EU-Parlament in einer Entschließung zur Ukrainekrise am 17. April 2014 (P7_TA-PROV(2014)0457, Punkt 28) gegen den Bau von South Stream ausgesprochen hatte.

Die Position der EU zu South Stream war uneinheitlich. Die EU-Kommission hätte das Vorhaben toleriert, wenn dabei die EU-Regeln für den Gassektor – insbesondere die Vorschriften des Dritten Energiepakets – beachtet würden. Im EU-Parlament dagegen überwogen die Stimmen, die nicht nur South Stream ablehnten, sondern einen weitgehenden Verzicht auf Erdgas aus Russland befürworteten. So forderte das EU-Parlament in seiner Entschließung vom 17. April 2014 eine »starke gemeinsame Energiesicherheitspolitik (eine Energieunion) mit dem Ziel der Reduktion der Abhängigkeit der EU von Öl und Gas aus Russland«. In seiner Entschließung vom 18. September 2014 hatte es seine schon am 17. April erhobene Ablehnung von South Stream wiederholt (P8_TA-PROV(2014)0025, Punkt 30).

Die Gründe

Wie schon für Nord Stream hatte Gazprom auch für South Stream eine zeitlich befristete Ausnahmegenehmigung von den Vorschriften des »Dritten Energiepakets« der EU vom Juli 2009 erreichen wollen, die auf EU-Territorium eine organisatorische Trennung von Gasförderung und Gastransport und den Zugang zu den Pipelines für mehrere Gaslieferanten fordern. Die Gespräche darüber waren von der EU-Kommission im

Mai 2014 als Reaktion auf die Annexion der Krim ausgesetzt worden. Bereits im Dezember 2013 hatte sie die zwischen Russland und den South-Stream-Partnerstaaten geschlossenen bilateralen Abkommen (Intergovernmental Agreements, IGA) als nicht im Einklang mit EU-Recht stehend beanstandet und deren Neuverhandlung gefordert. Gazprom-Vorstandsvorsitzender Aleksej Miller bestritt in einem Interview mit dem Fernsehsender »Rossija 24« am 6. Dezember 2014 jedoch, dass das South Stream-Projekt aus diesen Gründen eingestellt wurde. Er nannte als alleinigen Grund den Anfang Juni 2014 auf Druck der EU-Kommission erfolgten Abbruch der vorbereitenden Arbeiten in Bulgarien und Serbien und insbesondere die fehlende Genehmigung Bulgariens zur Verlegung der Pipeline in seiner Schwarzmeerzone. Dass das Projekt nicht nur zurückgestellt, sondern – in seiner ursprünglich geplanten Form – gänzlich aufgegeben wurde, kann aber weitere Gründe gehabt haben.

Gazproms Exportpreise sind mit einer Verzögerung von sechs Monaten an die Veränderungen des Ölpreises gekoppelt und werden daher in Folge des 2014 eingetretenen Ölpreisverfalls ab 2015 automatisch sinken sowie bei weiter stagnierendem Ölpreis auf einem niedrigen Niveau verharren. Dadurch wird die Rentabilität von South Stream in Frage gestellt, die bei einer nur um 15 % höheren Kapazität als Nord Stream wegen ihrer doppelten Länge dreimal so viel gekostet hätte. (Die Investitionskosten für South Stream mit der Kapazität von 63 Mrd. m³, einem über 900 km langen Unterwasserabschnitt sowie einem über 2000 km Land führenden Streckenverlauf bis nach Österreich und Italien wurden auf 25 Mrd. US-Dollar geschätzt. Dagegen kostete die Nord Stream-Pipeline mit ihrer Kapazität von 55 Mrd. m³ und dem Unterwasserabschnitt von 1224 km weniger als 10 Mrd. US-Dollar). Die von Putin benannte Alternativroute, deren Kapazität ebenfalls 63 Mrd. m³ betragen soll, würde, weil die Streckenführung über den Balkan entfällt, deutlich billiger werden. Die gegenüber der ursprünglichen South Stream eingesparten Mittel kann Gazprom gut gebrauchen, um die 4000 km lange »Power of Siberia«-Pipeline nach China zu finanzieren.

Turkish Stream

Als Alternative zu South Stream vereinbarten Gazprom und die türkische Gasgesellschaft Botaş während Putins Besuch in Ankara in einem – allerdings unverbindlichen – »Memorandum of understanding« die Verlegung von Unterwasserpipelines zwischen Russland und der Türkei sowie ihre Weiterführung auf dem Festland bis zur türkischen Grenze zu Griechenland. Wie der türkische Präsident Recep Erdoğan am 11. Dezember 2014 bekanntgab, soll das Pipelinesystem auf Vorschlag Putins »Turkish Stream« genannt werden – man darf

unterstellen, dass Putin damit seine Werbung um die Zustimmung der Türkei zu dem Projekt stärken wollte. Wenn es zustande kommt, werden voraussichtlich vier Leitungen mit je 15,75 Mrd. m³ Jahreskapazität durch das Schwarze Meer zum europäischen Teil der Türkei westlich des Bosphorus verlegt, wobei die schon für South Stream an Russlands Schwarzmeerküste errichtete Kompressorstation »Russkaja« und die bereits produzierten tiefseetauglichen Rohre benutzt werden können (s. Karte: <<http://rt.com/files/news/33/f2/30/00/24.jpg>>). Von der insgesamt 63 Mrd. m³ betragenden Kapazität sollen 14 Mrd. m³ für den Verbrauch in der Türkei reserviert werden und damit die Belieferung des Landes über die schon 2003 in Betrieb gegangene Blue Stream-Gaspipeline ergänzen, deren Kapazität von 16 auf 19 Mrd. m³ erhöht werden soll. Die verbleibenden 49 Mrd. m³ Kapazität sollen dem Gasexport nach Süd- und Westeuropa dienen, wozu vor der Grenze zu Griechenland ein Verteilungszentrum für Erdgas (*gas hub*) entstehen soll. Offen ist noch, ob »Turkish Stream« ein Projekt allein von Gazprom, ein Gemeinschaftsprojekt mit Botaş oder ein von den beiden Gesellschaften zusammen mit SOCAR betriebenes Projekt werden wird.

South Stream sollte unter anderem den südosteuropäischen Markt verstärkt für Gazprom erschließen. Bulgarien, Serbien, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Griechenland hätten über South Stream, an deren nationalen Segmenten sie mit eigenen Gesellschaften beteiligt gewesen wären, zu besseren Konditionen als bisher beliefert werden können. Für Österreich und Italien, die Gas aus Russland bislang nur über die Ukraine erhalten, hätte die Belieferung über South Stream die räumliche Diversifizierung ihrer Gasbezüge erhöht. Da Turkish Stream nicht wie die Jamal–Europa-Pipeline oder Nord Stream (und wie es auch für South Stream geplant war) die großen Endkunden in Westeuropa direkt erreicht, zeichnet sich – wie Gazprom-Chef Miller in seinem TV-Interview am 6. Dezember 2014 ausführte – eine Umorientierung der Marktstrategie von Gazprom ab. Während Gazprom bislang daran interessiert war, sein Produkt den Kunden über von ihm kontrollierte Exportpipelines »ins Haus zu liefern«, werden sie mit Turkish Stream genötigt sein, ab dem von Gazprom bestimmten Übergabepunkt eigene oder von Dritten betriebene Gasleitungen zu nutzen. Das neue Marktmodell kommt den Vorstellungen der EU von einem Wettbewerbsmarkt für Erdgas entgegen. Es könnte auch für die Ukraine gelten, wenn Gazprom nicht beschlossen hätte, das Land künftig vom Gastransit auszuschließen.

Ende des Gastransits durch die Ukraine

Aleksej Miller hatte in seinem Interview mit dem Fernsehsender Rossija 24 am 6. Dezember 2014 angekün-

digt, dass »die Rolle der Ukraine als Transitland auf Null reduziert wird«, sobald die South-Stream-Alternative in Betrieb gegangen ist – wobei er vermutlich deren Endausbau auf 63 Mrd. m³ meinte. Zwar hatte auch die Verwirklichung der ursprünglichen South Stream-Pipeline zu einer Verminderung des Gastransits durch die Ukraine geführt (schon weil sie die Belieferung der Balkanländer übernommen hätte), doch war nie von dessen vollständigem Ende die Rede gewesen. Der Sinneswandel bei Gazprom dürfte unter anderem auf die schwierigen Verhandlungen 2014 mit der Ukraine über Gasschulden und Gaspreise zurückzuführen sein, in denen erst kurz vor dem Winterbeginn und damit in letzter Minute ein Ergebnis erreicht werden konnte, das zwar den Preisvorstellungen von Gazprom entgegen kommt, aber die Ukraine nicht dazu verpflichtete, die für die Aufrechterhaltung eines sicheren Gastransits erforderliche Mindestmenge zu kaufen und einzuspeichern. Hinzu kommt, dass Turkish Stream im Unterschied zu South Stream nicht mehr die Aufgabe einer Erhöhung der Exportkapazität von Gazprom Richtung Westen hätte. South Stream wurde von Gazprom, gestützt auf Prognosen der Internationalen Energieagentur, damit begründet, dass der Gasbedarf in der EU zwischen 2011 und 2030 um bis zu 90 Mrd. m³ ansteigen würde, während Europas eigene Gasförderung im selben Zeitraum um rund 70 Mrd. m³ zurück ginge. Dies würde einen zusätzlichen Importbedarf von bis zu 160 Mrd. m³ bedeuten, der zu einem erheblichen Teil durch Gas aus Russland zu decken wäre. Da jedoch neuerdings mit einer langfristigen Stagnation des Gasverbrauchs in der EU gerechnet wird, wird die Ausweitung der Exportkapazität von Gazprom Richtung Westen entbehrlich, was im Falle der Verwirklichung von Turkish Stream die Reduktion der Gaslieferungen über die Ukraine ermöglicht.

Durch die Ukraine wurden 2013 86 Mrd. m³ Erdgas nach Europa einschließlich der Türkei geleitet (s. Tabelle 5 auf S. 25). Dies geschah auf der Grundlage von langfristigen Verträgen, in denen Mindestabnahmemengen, Preisformeln und Übergabepunkte festgelegt sind. Eine Umorientierung auf neue Liefer Routen ist nur nach Auslaufen dieser Verträge, oder vorher in gegenseitigem Einvernehmen möglich, denn ihre Kündigung durch Gazprom würde vor Schiedsgerichten erfolgreich angefochten werden können. In welchem Umfang und wann der Gastransit durch die Ukraine tatsächlich enden wird, ist daher vorerst nicht abzusehen.

Unproblematisch wäre nur die Umleitung der Belieferung der Türkei (2013: 13 Mrd. m³) von der durch die Ukraine führende Trans-Balkan-Pipeline (s. Tabelle 6 auf S. 25) auf die Turkish Stream-Pipeline, wofür bei dieser 14 Mrd. m³ reserviert sind. Zusätzliche Lieferun-

gen an westeuropäische Abnehmer, die bislang durch die Ukraine erfolgten, könnte die 2014 nur zu 70 % ausgenutzte Nord Stream-Pipeline übernehmen. Darüber hinaus könnten – falls sie gebaut wird – 15 Mrd. m³ über die von Gazprom und Polens PGNiG geplante Pipeline »Jamal-Europa-2« von Belarus durch Südostpolen in die Slowakei und nach Ungarn geleitet werden. In beiden Fällen kommen hierfür vor allem die Gasimporte Deutschlands, Tschechiens, der Slowakei, Österreichs und Ungarns in Frage, die bislang über die Ukraine erfolgen und sich 2013 auf zusammen 36 Mrd. m³ beliefen (s. Tabelle 5 auf S. 25).

Auf Turkish Stream sind nach einem Wegfall des Ukraine-Transits in erster Linie Italien, Bulgarien und Griechenland, Serbien und Makedonien angewiesen, die 2013 zusammen 33 Mrd. m³ Gas aus Russland bezogen haben. Mit der Beschränkung des Verlaufs von Turkish Stream auf die Türkei stellt sich die Frage, wie eine Anbindung der genannten Länder an sie erfolgen soll. Möglich wäre die Wiederbelebung der Idee der Nabucco-West-Pipeline, die als Fortsetzung der TANAP über Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich geplant war (s. Karte 3). Zudem müsste die schon erwogene Verbindungsleitung zwischen Griechenland und Bulgarien (Gas Interconnector Greece–Bulgaria, IGB) gebaut werden. Italien kann durch eine Erweiterung der Trans-Adria-Pipeline (TAP) versorgt werden (s. oben gen. Karte).

Verlierer und Gewinner

Das Aus für South Stream, das festzustehen scheint, weil sowohl die EU als auch Gazprom an ihren Positionen festhalten, trifft vor allem Bulgarien, dem nicht nur erhebliche Bauaufträge in Milliardenhöhe, Arbeitsplätze und Transiteinnahmen verloren gehen, sondern das auch auf die Funktion als *gas hub* verzichten muss; und das, nachdem schon die Nabucco-Gaspipeline, die ebenfalls über Bulgarien führen sollte, im Juni 2013 aufgegeben worden war. Auch Serbien, Ungarn und Slowenien entgehen Investitionen im Umfang von jeweils Hunderten Millionen US-Dollar. Der Ukraine droht bei einer etwaigen vollständigen Beendigung des Gastransits aus Russland der Verlust von Transitgebühren in Höhe von drei Mrd. US-Dollar pro Jahr und eine Schwächung ihrer geopolitischen Position gegenüber Russland. Es ermöglicht dem Land aber gleichzeitig die Verwendung der großen Pipelines und Gasspeicher für Importe vom westeuropäischen Gasmarkt.

Im Falle der Verwirklichung von Turkish Stream werden wahrscheinlich Gazprom, die türkische Botas und die aserbaidische SOCAR eher kooperieren,

als sich durch Preisunterbietungen und eigenständig betriebene, miteinander konkurrierende und nicht ausgelastete Pipelinesysteme gegenseitig zu schaden. Während es bisher danach ausgesehen hatte, dass die EU Putins Lieblingsprojekt South Stream eine insbesondere im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise willkommene Abfuhr erteilt hatte, würde dann Putins neues Projekt, zusammen mit Gazproms Absage an den Gas transit durch die Ukraine, die »Energieaußenpolitik« der EU mit ihrem Hauptziel der Schaffung eines von Russland unabhängigen Südlichen Gaskorridors erfolgreich unterlaufen.

Wenn Turkish Stream wie angekündigt zur türkisch-griechischen Grenze geführt wird, werden Griechenland und Albanien zu wichtigen Transitländern für Russlands Gasexporte nach Italien, deren Volumen die Mengen übertreffen dürften, die über die South Caucasus Pipeline (SCP), die TANAP und die TAP aus Aserbaidschan erwartet werden (s. oben gen. Karte). Kroatien kann darauf hoffen, dass die seit 1995 diskutierten Pläne für ein LNG-Terminal auf der Insel Krk, von dem aus Slowenien, Italien, Österreich und Ungarn beliefert werden könnten, mit finanzieller Unterstützung der EU und der USA nun verwirklicht werden.

Aus Sicht von Gazprom bietet das Transitland Türkei gegenüber der Ukraine den Vorteil, dass es nicht wie diese Gegenstand eines Ost-West-Konflikts ist, der den Gastransit beeinträchtigen könnte. Größter Gewinner der Entwicklung ist jedoch die Türkei: Sie würde für die verbindliche Zustimmung zu Turkish Stream durch günstige Preise für ihre Gasimporte aus Russland, eine weitgehende Finanzierung der Pipelinekosten durch Gazprom und hohe Einnahmen aus Transitgebühren entlohnt werden. Noch wichtiger wären immaterielle Gewinne. Während die Türkei im Nabucco-Konsortium nur einer von sechs gleichberechtigten Partnern gewesen war, hat sie bereits mit der Entscheidung für die TANAP eine hervorgehobene Rolle beim Aufbau des Südlichen Gaskorridors erhalten. Durch die Verlegung von Turkish Stream über ihr Territorium würde diese Position weiter gestärkt. Noch allerdings hat die Türkei im Pipelinepoker alle Trümpfe in der Hand – sie könnte (für Gegenleistungen der EU und der USA) Turkish Stream in der von Russland geplanten Form ganz ablehnen oder ihre Kapazität auf die eigene Gasversorgung beschränken und für den Gasexport Richtung Europa nur aserbaidische und eventuell turkmenisches Gas nutzen. Dann hätte Putin zu hoch gepokert.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln und an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und der Wirtschaft Russlands beschäftigt.

Lesetipps

- Götz, Roland: Pipeline-Popanz. Irrtümer der europäischen Energiedebatte, in: Osteuropa 59.2009, Nr. 1, S. 3–18.
- Winrow, Gareth: The Southern Gas Corridor and Turkey's Role as an Energy Transit State and Energy Hub, in: Insight Turkey, 2013, Nr. 1, S. 145–163, <http://file.insightturkey.com/Files/Pdf/insight-turkey-vol_15_no_1_2013_winrow.pdf>.
- Poptchev, Peter: A modest proposal on South Stream – for the EU's new VP Energy Union, in: Energy Post, 17. 09. 2014; <<http://www.energypost.eu/modest-proposal-south-stream-new-vp-energy-union/>>.
- President of Russia: News conference following state visit to Turkey, 01.12.2014, <<http://eng.kremlin.ru/news/23322>>.
- Beckman, Karel: Gazprom CEO Alexei Miller: »This is the beginning of the end of Gazprom's business model in Europe« [mit einem link zum TV-Interview Millers], in: Energy Post, 8.12.2014; <<http://www.energypost.eu/gazprom-ceo-alexei-miller-beginning-end-gazproms-model/>>.
- Loskot-Strachota, Agata: Putin's gas gambit: what's next after South Stream, in: Energy Post, 10. 12. 2014, <<http://www.energypost.eu/putins-gas-gambit-whats-next-south-stream/>>.
- Gottschlich, Jürgen: Es geht nicht nur um Gas, in: die tageszeitung, 12.12.2014.

Tabelle 4: Gazproms Erdgasexporte nach Ländern 2013 (in Mrd. m³)

Deutschland	41,0
Türkei	26,7
Ukraine	25,8
Italien	25,3
Belarus	19,8
Großbritannien	16,6
Polen	12,9
Frankreich	8,6
Tschechien	7,9
Ungarn	6,0
Slowakei	5,5
Österreich	5,2
Kasachstan	4,7
Baltikum	4,5
Finnland	3,5
Niederlande	2,9
Westbalkan	2,9
Bulgarien	2,9
Griechenland	2,6
Moldawien	2,4
Armenien	1,7
Rumänien	1,4
sonstige	2,9
Exporte insgesamt	233,7

Quelle: Gazprom Jahresbericht 2013, <<http://www.gazprom.com/investors/reports/2013/>>

Tabelle 5: Russische Transitlieferungen von Erdgas durch die Ukraine nach Zielländern 2013 (in Mrd. m³)

Italien	25
Türkei	13
Deutschland	12
Tschechien	8
Ungarn	6
Slowakei	5
Österreich	5
Frankreich	3
Bulgarien	3
Griechenland	3
sonstige	3
insgesamt	86

Quelle: Simon Pirani u. a.: *What the Ukraine gas crisis means for gas markets*, Oxford Energy Comment March 2014, <<http://www.oxfordenergy.org/2014/03/what-the-ukrainian-crisis-means-for-gas-markets/>>

Tabelle 6: Kapazitäten russischer Exportpipelines jenseits des Gebiets der ehemaligen Sowjetunion

Pipeline	Verlauf	Kapazität 2010	Kapazität 2014	Kapazität 2018 (geplant)
Bruderschaft/ Union (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130 Mrd. m ³	130 Mrd. m ³	130 Mrd. m ³
Polarlicht (sowjetisches Netz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25 Mrd. m ³	25 Mrd. m ³	25 Mrd. m ³
Transbalkan (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Balkan	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Finland Connector (sowjetisches Netz, 1999 erweitert)	Russland – Finnland	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Jamal (seit 1999)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	33 Mrd. m ³	33 Mrd. m ³	33 Mrd. m ³
Blue Stream (seit 2003)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16 Mrd. m ³	16 Mrd. m ³	16 Mrd. m ³
Nord Stream (seit 2012)	Russland – Ostsee – Deutschland	-	55 Mrd. m ³	55 Mrd. m ³
South Stream (geplant für 2018)	Russland – Schwarzes Meer – Balkan – Mitteleuropa	-	-	63 Mrd. m ³
gesamt		244 Mrd. m³	299 Mrd. m³	362 Mrd. m³

Quelle: eigene Zusammenstellung, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen; siehe auch: Andreas Heinrich: *Introduction. Export Pipelines in Eurasia*, in: Andreas Heinrich / Heiko Pleines (Hg.): *Export Pipelines From the CIS Region*, Stuttgart, *ibidem*-Verlag 2014, S. 13–73.

KOMMENTAR

Wider die Verleumdung der deutschen Außenpolitik

Hans-Henning Schröder, Bremen

Am 5. Dezember erschien in »Der Zeit« unter dem Titel »Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!« ein Aufruf zur deutschen Russlandpolitik, der von 60 Personen des öffentlichen Lebens unterzeichnet wurde. Alles, was zu diesem Dokument inhaltlich zu sagen ist, haben Karl Schlögel in der »Welt« und Ruprecht Polenz in der »Zeit« bereits ausgeführt. Sie haben klar gemacht, dass der Aufruf die Entstehungsgeschichte der aktuellen Krise verzerrt, die Abläufe falsch darstellt und die Anstrengungen ignoriert, die die Bundesregierung unternimmt, um die russische Führung dafür zu gewinnen, bei der Lösung der größten europäischen Krise seit Ende des Kalten Krieges konstruktiv mitzuwirken.

Man darf sich aber fragen, wie es dazu kommt, dass ein Dokument, das aus Auslassungen, Halbwahrheiten und Unterstellungen besteht, in der Bundesrepublik namhafte Unterstützer finden kann. Bei der großen Gruppe der wohlmeinenden Prominenten wie Margot Käßmann, Wim Wenders oder Antje Vollmer kann man getrost annehmen, dass sie sich inhaltlich mit dem Thema nicht auseinandergesetzt haben, sondern sich für eine Initiative in Dienst nehmen ließen, die sie als Aufruf zu aktiver Friedenspolitik missverstanden haben.

Schwieriger ist es zu erklären, warum Personen mit politischer Erfahrung und politischem Verstand wie der vormalige Kanzlerberater Horst Teltschik, der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium Walter Stütze oder der frühere Botschafter in Moskau, Ernst-Jörg von Studnitz, es zugelassen haben, dass man ihre guten Namen unter ein Dokument setzt, in dem die Politik der Bundesregierung verleumdet wird. Denn der Aufruf verfälscht nicht nur die Genese des Russland-Ukraine-Konflikts, er denunziert auch die deutsche Außenpolitik. Indem er den Bundestag auffordert, »aufmerksam auch über die Friedenspflicht der Bundesregierung zu wachen« und erklärt »Einbinden statt ausschließen muss das Leitmotiv deutscher Politiker sein«, unterstellt er, dass die Bundesregierung den Frieden verletzen will und sich zum Ziel gesetzt hat, Russland »auszuschließen«.

Wer sich informieren will, welche Politik die Bundesregierung tatsächlich betreibt, sollte die kluge, ausgewogene Rede der Bundeskanzlerin vor dem »Lowy Institut« in Sidney oder die wohldurchdachte und einfühlsame Ansprache von Außenministers Steinmeier vor Studenten der »Ural Federal University« in Jekaterinburg lesen. Die beiden Texte sind im Internet für jedermann zugänglich. In ihnen wird deutlich, wie intensiv die Bun-

desregierung nach einer friedlichen Lösung sucht, und welche Angebote an die russische Führung ergangen sind, an der Lösung der Krise konstruktiv mitzuwirken.

Es bedarf einer Kombination von Böswilligkeit und Dummheit, um der Bundesregierung zu unterstellen, dass sie »ihre Friedenspflicht« nicht erfüllt. Erfahrene Politiker wie Teltschik, Stütze und Studnitz sind weder böswillig noch dumm. So bleibt als Erklärung für ihre Unterstützung des Aufrufs eigentlich nur die Annahme, dass sie bzw. ihre Referenten das Dokument nicht genau genug gelesen haben.

Die Entwicklung einer politischen Strategie geht normalerweise in einem Dreischritt vor sich: man formuliert das angestrebte Ziel, analysiert die Lage – sowohl die eigene wie die des Gegenübers – und entwickelt dann Verfahren, wie man unter Berücksichtigung der Situation das gesetzte Ziel erreichen kann.

Über das Ziel bestehen in der Bundesrepublik keine Meinungsverschiedenheiten: Es geht darum, die Russland-Ukraine-Krise politisch zu lösen, die Gewalt möglichst rasch zu beenden und die Ukraine in ihrer Souveränität wieder herzustellen. Russland muss Partner und Garant einer solchen Lösung sein.

Differenzen gibt es allerdings bei der Lagebewertung. Der Wunsch, Russland als Partner zu behalten, führt bei manchen Beobachtern – wie eben auch den Autoren des Aufrufs – dazu, dass sie das russische Verhalten in der aktuellen Krise beschönigen. Das ist ein Fehler. Auf der Basis von Wunschvorstellungen lässt sich keine realistische Strategie formulieren. Eine politische Lösung wird immer ein Kompromiss zwischen gegensätzlichen Positionen sein. Aber der Formulierung einer Kompromisslinie muss eine klare Lageanalyse vorausgehen, eine, die nicht auf Wunschdenken und Selbstbetrug beruht.

Offen bleibt, wie man zu einer politischen Lösung des Konfliktes kommen kann. Zweifellos brauchen wir einen auf Kompromiss orientierten, lösungsorientierten Prozess, wie ihn die deutsche Politik anzustoßen versucht. In diesem politischen Prozesses muss Russland sich als konstruktiver und respektabler Partner erweisen, der seine europäische Aufgabe verantwortungsbewusst wahrnimmt. Bedauerlicherweise tut sich die russische Führung gegenwärtig schwer, die Rolle ihres Landes in einem friedlichen Europa zu definieren. Allzu sehr ist sie in einem selbstreferentiellen patriotischen Diskurs befangen. Bis zu einer Überwindung des Konflikts und weiter zu einer erneuerten Partnerschaft zwischen Russland und der EU ist daher noch ein ganzes Stück Wegs zu gehen. Man kann und muss darüber streiten, wie

weit die EU der russischen Seite entgegenkommen soll, und welches Entgegenkommen von Seiten der russischen Führung zu erwarten ist. Doch diese Diskussion sollte

man auf Basis einer nüchternen Lageeinschätzung führen – und ohne der Kanzlerin und dem Bundesaußenminister unsaubere Motive zu unterstellen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipps

- Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!, in: Zeit Online, 5. Dezember 2014; <<http://pdf.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog.pdf>>.
- Schlögel, Karl: Dieser Russland-Aufruf ist ein peinliches Dokument, in: Die Welt, 8. Dezember 2014; <<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article135119551/Dieser-Russland-Aufruf-ist-ein-peinliches-Dokument.html>>
- Polenz, Ruprecht: Putin schließt das Fenster zu Europa, in: Zeit Online, 8. Dezember 2014; <<http://pdf.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/russland-ukraine-putin-aufruf-ruprecht-polenz.pdf>>
- Rede von Bundeskanzlerin Merkel am Lowy Institut für Internationale Politik am 17. November 2014; <<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2014/11/2014-11-17-merkel-lowy-institut.html;jsessionid=3E82729D118C968BA814C782476EF922.s3t>>
- Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier an der Ural Federal University, Jekaterinburg: »Deutsche und Russen – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft«, 14. Dezember 2014; <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Info/service/Presse/Reden/2014/141209-BM_Jekaterinburg.html>

NOTIZEN AUS MOSKAU

Kleine Verteidigung einer realistischen Ostpolitik

Jens Siegert, Moskau

Schon seit einiger Zeit gibt es in Deutschland immer wieder Forderungen nach einer »neuen Ostpolitik« gegenüber Putins Russland. Diese Forderungen, meist erhoben von Menschen, die eine eher konziliantere Politik gegenüber Putin befürworten, beziehen sich oft positiv auf die Brandtsche Ostpolitik der 1970er Jahre und den Beitrag, den sie zum Frieden in Europa und, letztlich, auch zur Auflösung der Blöcke bei der Epochenwende 1986–1991 gespielt habe. Manchmal, wie jüngst im sogenannten »Aufruf der 60«, wird das Kind auch »Entspannungspolitik« genannt, gemeint ist aber weitgehend das Gleiche.

Hinter diesen Forderungen steht die, wie man hoffen darf, aufrichtige Überzeugung, was damals gegenüber der Sowjetunion richtig und erfolgreich war, müsse auch heute gegenüber Russland geeignet sein, eine neue harte Konfrontation in Europa und einen neuen (kalten oder heißen) Krieg zu verhindern (in jüngster Zeit hat diese Argumentation allerdings den Makel, den schon stattfindenden Krieg in der Ukraine – mit bisher mehr als 4.000 Toten – trotz der

offenbaren russischen Beteiligung zu einem Bürgerkrieg umdeuten zu müssen).

Es gibt aber selbstverständlich auch eine Gegenbewegung. Sie besteht zunächst einmal darin, zu bezweifeln, dass Putin und die Seinen allein durch Dialog und gute Überzeugungsarbeit zu stoppen sein werden (ich bitte die leichten Zuspitzungen zu entschuldigen – sie sollen ausschließlich der Verständlichkeit dienen). Zwar spricht sich auch dort niemand gegen Dialog aus. Mehrfach hat sogar die NATO, ganz zu schweigen von der US-amerikanischen und der Bundesregierung, ein militärisches Eingreifen in der Ukraine ausgeschlossen. Aber es werden oft härtere Sanktionen gefordert, mitunter vermehrte Rüstungsanstrengungen und eine stärkere Präsenz der NATO in ihren mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten (was bei der anderen Seite mitunter den Vorwurf der »Kriegstreiberei« provoziert).

Auf Seiten dieser meist als (die Nutzung dieses nicht ganz genauen, aber prägnanten und praktischen Labels sei mir verziehen) als »Putin-Kritiker« bezeichneten Menschen zeigt sich, wenig verwunderlich, häufig

eine Geringschätzung der Verdienste der alten Ostpolitik. So antwortete Alan Posener, Kolumnist der Tageszeitung »Die Welt« jüngst auf einen meiner Posts zu diesem Thema auf Facebook mit folgender Auflistung der Gründe für das Ende der Sowjetunion: »Es waren: 1. Die Saudis, indem sie den Ölpreis drückten. 2. Die Polen, allen voran Lech Walesa und Johannes Paul II. 3. Die Chinesen. 4. Die Amerikaner. Die Ostpolitik war da eher Begleitmusik.« Nun findet man durchaus auch andere Rangfolgen, aber die Tendenz ist klar: Die Ostpolitik sei eher Beiwerk gewesen, als dass sie die Sowjetunion wirklich beeindruckt hätte.

Ich neige weder dazu, die Ostpolitik Brandts zu überhöhen, aber auch nicht dazu, sie derart gering zu schätzen. Um das zu erklären, möchte ich noch einmal daran erinnern, dass sie vor allem drei konstitutive Bestandteile hatte. Selbstverständlich war es nicht die Ostpolitik (gar noch sie allein), die die Mauer zum Einsturz gebracht und das Ende der Sowjetunion besiegelt hat. Das Meiste haben die Menschen in Mittel- und Osteuropa selbst gemacht, in der Tschechoslowakei 1968, in Polen 1980, in Ungarn 1956 und wieder 1989, und, dann schon in der Sowjetunion, die Menschen in Moskau, vor allem aber auch in Riga, Kiew, Tallinn, Tiflis oder Vilnius.

Aber der Westen half. Er half auf zweierlei Weise. Einerseits durch sein sehr attraktives Werte- und sein vielleicht noch attraktiveres Warenangebot. Aber ebenso durch die ernst zu nehmende und in der sowjetischen Führung ernst genommene Drohung, für diese Werte im Notfall auch militärisch einzustehen. Letztlich also ist die Sowjetunion an drei Dingen eingegangen: Am eigenen (wirtschaftlichen) Unvermögen, an der westlichen »Machtpolitik« und am Dialog. Meinetwegen in dieser Reihenfolge, aber der Dialog, also das gegenüber früheren Zeiten neue Element der Ostpolitik, war wichtig.

Daran ändert auch nichts, dass führende Vertreter der alten Ostpolitik (stellvertretend lässt sich Egon Bahr hervorheben, ein Geopolitiker par excellence) unter Dialog vor allem den Dialog mit den in den sozialistischen Ländern herrschenden politischen Eliten verstanden. Sie haben, das wurde spätestens in den 1980er Jahren im Verhältnis zur polnischen Solidarność-Bewegung deutlich, war aber auch gegenüber der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern erkennbar, die Freiheitsbewegungen dort sträflich unterschätzt, vielleicht sogar bewusst missachtet. Aber das ändert nichts daran, dass die Ostpolitik dazu beigetragen hat, diesen Menschen mehr Luft zum Atmen zu verschaffen. Erneut: nicht allein, aber auch.

Zusammengefasst: Die alte Ostpolitik war so schlecht und unwirksam also nicht. Sie hat tatsächlich dazu beigetragen, den Kalten Krieg zu beenden, denn

sie hatte ihren Anteil daran, dass die Luft hinter dem Eisernen Vorhang freier wurde (nicht zu verwechseln mit: frei). Denn gestern galt wie heute gilt: Ein nachhaltiger, also echter Wandel in Russland (damals der Sowjetunion und den von ihr beherrschten Ländern Mittel- und Osteuropas) ist letztlich nur von innen heraus möglich. Es ist aber gerade dazu nötig, einen oft »romantisierenden, häufig naiven Blick auf die Ostpolitik und ihre Verdienste aufzubrechen«, wie der Potsdamer Historiker Jan Claas Behrends schreibt.

Der »Aufruf der 60« (und ähnliche Äußerungen) ist nicht deshalb schlecht, weil er »Entspannungspolitik« fordert, sondern weil er sie auf Kosten der eigenen Werte, vor allem aber auf Kosten der Länder zwischen Deutschland und Russland und auf Kosten der Menschen in Russland fordert, die sich für einen demokratischen Wandel dort einsetzen. Der Aufruf versteht Entspannungspolitik letztlich als Kapitulation vor Putin, wobei ziemlich egal ist, ob nun aus Ignoranz, Angst oder Scham. Das kann nicht funktionieren, auch und vor allem, weil es denjenigen in Russland nicht hilft, die das Land verändern wollen, und ohne die es eben nicht geht – selbst wenn sie gegenwärtig in der marginalisierten Minderheit sind. Bis zum Beginn der Perestroika waren es auch »nur eine Handvoll« Dissidenten und selbst 1989–1991 war es in der Sowjetunion keine Mehrheit, die auf grundlegende demokratische Veränderungen drängte. Wer heute bedingungslose Entspannung fordert, zwingt auch diese Menschen zur Kapitulation. Es geht ihnen auch so schon schlecht genug.

Es ist aber noch etwas Anderes anders. In der deutschen Diskussion über den Krieg in der Ukraine und das Verhältnis zu Russland ist die Figur, »wir können und dürfen doch nicht so kritisch den ‚Russen‘ gegenüber sein, weil sie so unter uns gelitten haben«, sehr weit verbreitet. Sie zieht sich wie ein roter Faden auch durch den »Aufruf der 60«.

Die alte Ostpolitik und ihre weniger dialogischen Begleiterinnen hatte es mit der Sowjetunion zu tun, wir heute mit Russland. Oder genauer, eben nicht nur mit Russland, sondern mit allen anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion auch. Die werden aber immer wieder, wie soll ich sagen..., »vergessen«. An vielen Stellen begegnet einem der Fehler, die (eher west)deutsche umgangssprachliche Gleichsetzung von Sowjetunion und Russland auf heute zu übertragen. »Sowjetunion«, das waren aber, trotz Zentrum Moskau, alle, also auch die Ukrainer (was sicher auch im ukrainischen nationalen »Opfer«-Diskurs stärker zu betonen wäre; ich erinnere nur an den sprichwörtlichen »ukrainischen Feldwebel« als Wachmann im Gulag).

Exkurs: Ja, es gibt ein Problem damit, dass sich praktisch alle aus der Sowjetunion hervor gegangenen Staa-

ten bei der nationalen Identitätsfindung eines Opferdiskurses bedienen, sich als »Opfer Russlands« darstellen (auch hier ist die Gleichsetzung Sowjetunion – Russland so bequem wie ungenau). In Russland passiert so etwas wie das Gegenteil. »Opfer« von sich selbst kann man schlecht sein (man kann höchstens Reue zeigen). Nur – »Täter« oder »nur Täter« möchte so gut wie niemand in Russland sein, nicht einmal (und in gewisser Hinsicht vor allem nicht) die schärfsten Putin-Kritiker (denn das würde ja auch nicht stimmen). Also macht Putin das Land (mit dessen sehr weitgehender Zustimmung) zum Opfer einer äußeren Macht, des Westens oder genauer: der USA.

Und weiter: Es muss gleiche Behandlung und gleiches Recht für alle ehemaligen Bewohner der Sowjetunion sowohl bei der Erinnerung an das zugefügte Leid, als auch bei der Erinnerung an das Leid, das zugefügt wurde geben. Also: Wenn es wegen der Grausamkeiten des Kriegs und im Krieg eine besondere deutsche Verantwortung Russland und den Russen gegenüber gibt (was ich glaube), dann gibt es sie ebenso der Ukraine und den Ukrainern gegenüber (und allen anderen Bewohnern der Sowjetunion, wie auch immer sie sich heute kollektiv organisieren oder zu organisieren beabsichtigen). Das fällt leider in Deutschland, und zwar besonders in der Diskussion um eine neue Ostpolitik, oft unter den Tisch,

wird also mitunter bewusst, oft wohl auch unbewusst verschwiegen. Was rauskommt ist dann ziemlich schief.

Und noch etwas zum Schluss: Russland verfügt zwar wie die Sowjetunion über Atomraketen. Damit endet aber auch schon der Vergleich. Das Land agiert nicht mehr auf einer Augenhöhe mit den USA. Es ist kleiner geworden, und trotz des Rohstoffbooms des vergangenen Jahrzehnts auch nicht reicher, vor allem aber verwundbarer. Der Grund für Letzteres liegt in einer erfreulichen Tatsache: Nie war Russland (und viele Russinnen und Russen persönlich) mehr in die internationale Gemeinschaft und Wirtschaft eingebunden als heute. Das hat sich unter Putin nicht geändert, im Gegenteil, diese mit der Perestroika einsetzende Entwicklung ist bis heute immer stärker geworden.

Wir stehen also vor der nicht einfachen Aufgabe, beides zugleich bewerkstelligen zu müssen: Putin deutlich und unmissverständlich zu zeigen, dass es so nicht geht. Und Russland einzuladen, es anders zu versuchen. Dazu bräuchte es tatsächlich eine neue Ostpolitik, aber eine, die nicht nur auf Dialog setzt, sondern auch bereit ist, die eigenen Werte zu verteidigen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

4. – 18. Dezember 2014

04.12.2014	Der UEFA-Generalsekretär Gianni Infantino gibt bekannt, dass die UEFA die Eingliederung der Fußballvereine auf der Krim in die russische Liga untersagt. Die FIFA unterstützt diese Entscheidung, die von der Russischen Fußballunion akzeptiert wird.
04.12.2014	Das armenische Parlament ratifiziert den Beitrittsvertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion. Der Beitritt tritt ab 1. Januar 2015 in Kraft.
04.12.2014	Schiffe der russischen Nordmeerflotte üben im Golf von Biskaya den Schutz von Handelsschiffen gegen Angriffe von Piraten und Terroristen.
05.12.2014	Ein Gericht in Wolgograd verurteilt zwei Angeklagte wegen der Vorbereitung der Selbstmordattentate am 29. und 30. Dezember 2013 zu 19 Jahren Haft. Zwei weitere Angeklagte erhalten wegen Beihilfe Haftstrafen über 3 Jahre und 10 Monate.
05.12.2014	Präsident Wladimir Putin trifft mit den Mitgliedern des »Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrecht« zusammen. Auf dem Treffen spricht sich Putin für eine Entwicklung der »eigenen russischen Menschenrechtsorganisationen« aus.
05.12.2014	Neue Generaldirektorin des Verlagshauses »Kommersant« wird Maria Komarowa, bisher Vizepräsidentin und Chefredakteurin des Radios »Kommersant-FM«. Maria Komarowa ist die Ehefrau des stellvertretenden Leiters des Regierungsapparats Iwan Lobanow.
05.–06.12.2014	Die Beobachtermission der OSZE in der Ostukraine meldet, dass sie mehr als 100 Militärfahrzeuge ohne Erkennungszeichen auf mehreren Straßen in Richtung Donezk gesichtet hat. Auf einem Fahrzeug sei ein Aufkleber mit dem Schriftzug »Neurussland« zu erkennen gewesen.
06.12.2014	Die russische Regierung verabschiedet die »Grundlagen der staatlichen Jugendpolitik bis 2025«. Darin wird unter anderem die Erziehung zu Bürgerbewusstsein und Patriotismus gefordert sowie die Förderung von Jugendinitiativen und der Werte einer gesunden Lebensweise und der Familie.
06.12.2014	Der Gazprom-Vorsitzende Alexej Miller kündigt an, dass der Konzern nach der Einstellung des »South-Stream«-Projektes seine Unternehmensstrategie gegenüber Europa ändern werde. Anstatt sich im Downstream-Bereich zu engagieren und im europäischen Markt tätig zu sein, werde man in Zukunft das Gas an der Grenze verkaufen.
06.12.2014	Frankreichs Präsident Francois Hollande unterbricht seine Rückreise von einem Staatsbesuch in Kasachstan und trifft auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo mit Präsident Putin zusammen. Im Zentrum des Treffens steht die Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine. Russland und Frankreich werden eine gemeinsame Lösung anstreben, so Hollande. Außerdem wird die Situation in Syrien und im Iran erörtert.
07.12.2014	Das georgische Außenministerium protestiert gegen Manöver des »Südlichen Militärbezirks«, die auf sechs Truppenübungsplätzen im Nordkaukasus und Südossetien stattfinden. Die Übungen dienen nach russischen Angaben der Einführung neuen militärischen Geräts.
07.12.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in Telefonaten mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban und seinem serbischen Amtskollegen Tomislav Nikolić die Zusammenarbeit im Energiesektor nach der Einstellung des »South-Stream«-Projektes sowie aktuelle Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
08.12.2014	Der russische Sportminister Witalij Mutko reagiert auf eine Sendung der deutschen Sportschau, in der russische Leichtathleten von systematischem Doping in Russland berichten. Mutko zufolge werden alle Trainer und Personen, die in dem Film benannt werden, gründlich überprüft.
08.12.2014	Präsident Wladimir Putin trifft am Vortag des »Tages der Verfassung« in St. Petersburg mit den Richtern des Verfassungsgerichtes zusammen und dankt ihnen für Ihre Arbeit.
09.12.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew weist das Finanzministerium, das Innenministerium, die russische Finanzaufsichtsbehörde und den Inlandsgeheimdienst an, gemeinsam mit der »Bank Russlands« Maßnahmen zur Abwendung von Manipulationen auf dem russischen Währungsmarkt zu entwickeln. Präsident Putin hatte in seiner Ansprache zur Lage der Nation am 4. Dezember Währungsspekulationen angeprangert.
09.12.2014	Nachdem die ukrainische Vorauszahlung für Dezember eingetroffen ist, liefert Gazprom erstmals seit sechs Monaten wieder Gas an die Ukraine.

09.12.2014	Ein Gericht in St. Petersburg verurteilt das »Institut der regionalen Presse« wegen fehlender Registrierung im Register für »ausländische Agenten« zu einer Geldstrafe in Höhe von 400.000 Rubel (ca. € 5.600). Das russische Justizministerium kündigt derweil eine erneute Überprüfung des Moskauer Sacharow-Zentrums aufgrund des Gesetzes über »ausländische Agenten« an. Bei den bisherigen Kontrollen waren keine Gesetzesverstöße festgestellt worden.
09.12.2014	Russland und Ungarn unterzeichnen ein Abkommen über den Bau des fünften und sechsten Reaktorblocks am Atomkraftwerk »Paks«. Russland stellt hierfür einen Kredit in Höhe von 10 Mrd. € bereit.
10.12.2014	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Besuch in Usbekistan ein. Mit seinem Amtskollegen Islam Karimow bespricht er die Zusammenarbeit im Öl- und Gassektor, die usbekischen Agrarexporte sowie Finanzfragen. Russland erlässt Usbekistan ca. 860 der 890 Mio. US-\$ Schulden, was den Weg für neue Kredite und russische Rüstungslieferungen eröffnet.
10.12.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Oppositionsaktivisten Sergej Mochnatik zu viereinhalb Jahren Haft wegen Anwendung von Gewalt gegen Polizeibeamte bei einer »Strategie-31«-Demonstration für Versammlungsfreiheit am 31.12.2013. Mochnatkin war bereits am 31.12.2009 wegen des gleichen Vergehens festgenommen, zu fünf Jahren Haft verurteilt und im April 2012 von Präsident Medwedew begnadigt worden.
10.12.2014	Bei einer Fahrzeugkontrolle in Machatschkala (Dagestan) kommt es zu einem Feuergefecht. Zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer werden getötet, ein Polizist verletzt.
11.12.2014	Bei einer Antiterror Operation in Naltschik (Kabardino-Balkarien) werden vier Untergrundkämpfer getötet. Das Nationale Antiterror-Komitee gibt bekannt, dass die Getöteten einen Terroranschlag geplant hätten.
11.12.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht lehnt den Einspruch der »Partei des Fortschritts« gegen die Entscheidung des Justizministeriums ab, die Partei nicht zu Wahlen zuzulassen. Die Partei wurde von dem Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj gegründet.
11.12.2014	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Indien ein. Am Rande des Treffens werden mehrere Abkommen zu den Bereichen Atomenergie, Verteidigung und der pharmazeutischen Zusammenarbeit unterzeichnet. Rosatom wird in den kommenden 20 Jahren in Indien 12 Atomreaktoren errichten. »Rosneft« unterzeichnet mit dem indischen Unternehmen »Essar« einen Vorvertrag über die Lieferung von zehn Mio. Tonnen Erdöl pro Jahr mit einer Laufzeit von zehn Jahren; derweil erteilt die russische Staatsbank dem Unternehmen einen Kredit über 1 Mrd. US-\$ für Infrastrukturprojekte.
12.12.2014	Das russische Katastrophenschutzministerium entsendet einen neunten Lastwagenkonvoi mit Hilfsgütern in die Ostukraine. 50 Fahrzeuge sollen Hilfsgüter nach Donezk bringen, weitere 80 Lastwagen beliefern Lugansk mit Lebensmitteln und anderen Waren.
12.12.2014	Sicherheitskräfte töten im Rayon Karabudachkent (Dagestan) fünf mutmaßliche Untergrundkämpfer, darunter angeblich auch den Drahtzieher des Terroranschlags in Wolgograd im Dezember 2013 und den ehemaligen Anführer des »Imarat Kaukasus«.
12.12.2014	Das Parlament im Gebiet Jaroslawl beschließt, die Direktwahl der Bürgermeister in Jaroslawl und Rybinsk abzuschaffen.
12.12.2014	Der Rubelkurs fällt an der Moskauer Börse weiter. Ein Dollar wird am Tagesende mit 58,5 Rubel gehandelt, ein Euro mit 72,9 Rubel.
12.12.2014	Das russische Außenministerium protestiert gegen das vom US-Senat verabschiedete Gesetz, das dem US-Präsidenten Waffenlieferungen an die Ukraine und weitere Einschränkungen gegen russische Unternehmen erlaubt. Eine Einmischung in innere Angelegenheiten werde man nicht hinnehmen.
13.12.2014	Der Fantasy-Schriftsteller Michail Uspenskij stirbt im Alter von 64 Jahren in Krasnojarsk.
13.12.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew besucht Almaty (Kasachstan) und erörtert mit seinem kasachischen Amtskollegen Karim Masimow die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder im Rahmen der Zollunion und der Eurasischen Wirtschaftsunion sowie die Situation auf dem Ölmarkt.
13.12.2014	In Grosnyj (Republik Tschetschenien) findet eine Großdemonstration gegen Terrorismus und zur Unterstützung der Republikführung im Kampf gegen die Untergrundkämpfer statt. An der Demonstration, die von Menschenrechts- und gesellschaftlichen Organisationen organisiert wurde, nehmen Polizeiangaben zufolge 50.000 Personen teil.

13. – 14.12.2014	Das Büro des »Komitees gegen Folter« in Grosnyj wird in Brand gesteckt Diese Organisation wird von Igor Kaljapin, einem Mitglied des Menschenrechtsrats beim Präsidenten geleitet. Dieser hatte sich nach dem Terroranschlag am 4. Dezember in Groznyj bei der Staatsanwaltschaft über das Republikoberhaupt Ramsan Kadyrow beschwert, der den Angehörigen der Terroristen gedroht hatte.
14.12.2014	Russlands Außenminister Sergej Lawrow trifft in Rom mit US-Außenminister John Kerry zusammen. Im Zentrum steht die Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine und die Situation im Nahen Osten. Lawrow betont, dass Druck auf Russland keine Perspektive sei.
14.12.2014	Rund 2000 Personen demonstrieren in Tomsk gegen die Schließung des Fernsehsenders »TV-2«. Der regionale Rundfunkbetreiber hob den Sendevertrag mit dem Fernsehunternehmen einseitig auf. »TV-2« ging im Mai 1991 als einer der ersten privaten russischen Fernsehsender auf Sendung.
15.12.2014	Der Rubelkurs stürzt im Laufe des Tages weiter ab und wird am Abend an der Moskauer Börse mit 64,2 Rubel pro US-Dollar und 78,9 Rubel pro Euro gehandelt. Die russische Zentralbank verkauft zur Unterstützung des Rubels 2–3 Mrd. US-Dollar. Der Ölpreis fällt derweil zwischenzeitlich unter 60 US-\$ pro Barrel (Brent). Der russische Aktienindex RTS fällt erneut auf einen Tiefstand von 760 Punkten, den es zuletzt im April 2009 gab.
16.12.2014	Der Aufsichtsrat der russischen Zentralbank erhöht den Leitzins von 10,5 % auf 17 %, um die Risiken der Inflation und Geldentwertung zu reduzieren. Der Rubelkurs schwankt im Laufe des Tages stark und wird für den Folgetag mit 68,6 Rubel je Dollar und 86 Rubel je Euro notiert.
16.12.2014	Der russische Generalstab meldet, dass vom 5.–10. Dezember im Gebiet Kaliningrad eine überraschende Überprüfung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte durchgeführt wurde. Daran hätten 9.000 Soldaten und etwa 650 Einheiten an Militärtechnik teilgenommen. Die Luftabwehrraketen vom Typ »Iskander« sind nach den Übungen nach Zentralrussland verlegt worden.
16.12.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, wonach Verstöße gegen die Migrationsgesetze mit bis zu 10 Jahren Einreisesperre geahndet werden können.
16.12.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew beruft eine Sitzung zur Erörterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage ein.
16.–17.12.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem gemeinsamen Telefonat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem französischen Präsidenten Francois Hollande und seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko die Situation in der Ostukraine.
17.12.2014	Wladimir Koshin, Berater des Russischen Präsidenten, gibt bekannt, dass Russland im Verlaufe des Jahres 2014 bisher Rüstungsgüter im Wert von 13 Mrd. US-\$ ins Ausland geliefert habe (2013 waren es 15,7 Mrd. US-\$). Weitere Rüstungslieferungen in Höhe von 48 Mrd. US-\$ sind vereinbart.
18.12.2014	Präsident Putin hält seine alljährliche »Große Pressekonferenz« ab, zu der 1.259 russische und ausländische Journalisten zugelassen sind. Alle wichtigen und drängenden Fragen werden thematisiert, u. a. die Rubelkrise und die Lage in der Ostukraine.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>